

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl., monatlich 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zl., monatlich 5,39 zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 zl., Danzig 8 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorkauf und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 238.

Bromberg, Sonntag den 16. Oktober 1932.

56. Jahrg.

Britische Verlegenheiten

Von Karl Wegener.

Nach innen und außen steckt Großbritannien in tausend Verlegenheiten. Sie sind kennzeichnend für eine Regierung, deren Haupt Macdonald unzweifelhaft den Willen zur Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten seines Vaterlandes besitzt, aber aus dem schönen Willen nicht zum eigentlichen Handeln, zur eigentlichen, neu schöpferischen Tat gelangt. In der englischen Gesamtlage gab es seit seiner dritten, der nationalen Kabinettsbildung ein überragendes Entweder-Oder! Entweder verurteilt sich Großbritannien auch weiterhin zum „Ganggen und Bangen in schwebender Pein“, schaltet sich selbst aus der bewußten und rüstigen Wahrnehmung seiner Lebensnotwendigkeiten aus und läßt andere für sich sorgen, andere, die zunächst einmal an sich selbst und dann noch lange nicht an England denken, oder London löst sich von der französischen Gefangenenschaft und gewinnt so die Möglichkeiten, neue Wege einzuschlagen und tragbare internationale und nicht englandfeindliche Verbindungen einzugehen. Selbstverständlich verspricht die nationale Regierung diesen neuen Weg, vermochte aber dieses Versprechen in einem ganzen Jahre noch um keinen Schritt der Erfüllung näher zu bringen. Deutschland erfuhr das am eigenen Leibe durch die sonderbare, ausgesprochen verlegene englische Politik in der Abrüstungsfrage. Böllig überparteilich gesehen bildet sie ein Schulbeispiel für den Grad der Verwirrung, die sogar in seiner amtlichen Politik Platz gegriffen hat.

Im Bunde mit den deutschfeindlichen Tories seines Amtes läßt sich der englische Außenminister Simon von Frankreich, willfährig bis zur Würdelosigkeit, mißbrauchen. Sein Regierungshaupt Macdonald zeigt sich danach als „verstimmt“ gegen Deutschland, weil es durch seinen — grundfälschlich gebilligten — politischen Vorstoß das Gespinnst der Londoner Wirtschaftskonferenz etwas mehr in den Hintergrund verweist, verstimmt aber noch mehr gegen seinen Außenminister, der die westpolitischen Gegensätze durch unzeitgemäße Dienste für Frankreich noch verschärft. Eine dritte amtliche englische Anschauung in der gleichen Frage vertritt dann noch der englische Leiter der Abrüstungskonferenz, Herr Henderson. Dieser Mann der tausend Kompromisse brachte einen belustigenden Zug in das traurige Antlitz des Geschehens durch Einigungsformeln, die zugunsten Deutschlands im Vordergrund jedes Zugeständnis enthielten und es im Nachhinein zugunsten der französischen Stellungnahme wieder aufhoben.

Und dennoch tut man gut, ihn für einen denkfähigen Politiker von besonderem Rang zu halten. Er weiß gewiß, daß er seinem A der Aufhebung der Rheinlandbesetzung, deren überzeugtester ausländischer Befürworter er auch als Erster Minister gewesen ist, das B der Wehrlosigkeit Deutschlands und das ganze Alphabet der Befestigung der übrigen Diskriminierungen folgen lassen muß, aber er hat diese Sprache verloren oder jedenfalls noch nicht wiedergewonnen. Und gerade diese Sprache wäre in der gegenwärtigen Gesamtlage Englands die britische. Sie ist der einstigen Beherrscherin der Meere noch nicht ganz verloren gegangen. Sie klingt uns entgegen aus den umfassenden Änderungen in der Aufstellung der englischen Seestreitkräfte. In dem gleichen Augenblick, in dem der englische Außenminister sich unterwürfig von Herriot die Rindertrompete einer lächerlichen Note zur Fanfare gegen das stammerwande feindliche 65-Millionenvolk an den Mund halten läßt, nimmt die englische Marineleitung eine kunstgerechte, sehr ernst gemeinte Vorerstellung gegen Frankreich ein. Sie beabsichtigt nichts Geringeres als die Vereinigung der Schlachtschiffe der Heimatflotte und der Mittelmeerflotte in der Nordsee, eine kräftige Maßnahme gegen den Anprall der französischen Flottenaufrüstung und gleichzeitig ein schrill tönendes Notzeichen der gespannten politischen Weltlage, ein SOS-Ruf wegen Bedrohung des englischen Lebens.

Die Planung einer Fünf-Mächte-Aussprache in London und der entschlossene Wunsch für eine frühzeitige Weltwirtschaftskonferenz ebenfalls in der englischen Hauptstadt könnten Schritte aus dem gleichen Geiste des Lebenswillens sein wie jener der Admiralfähigkeit, die ja von der Regierung dazu ermächtigt worden ist. Wenn man sich vergewissert, in welchem Ausmaße Frankreich gerade in den letzten Tagen seine Machtstellung im Völkerbunde vergrößert, und an die schlimme Schlappe denkt, die Simon sich trotz seiner Dienste am Gängelband Frankreichs bei seiner bescheidenen Forderung für die Bestimmung des Zeitpunktes der Weltwirtschaftskonferenz holte, empfindet man die geduldige Verständigungsbereitschaft auf der englischen Seite besonders hart, gelangt aber auch zu der Schlussfolgerung, daß Frankreich so vermessend auftritt, weil der englische Löwe mit Sammetpfoten und gesenktem Haupte einherkriecht.

Unsere Zeit verlangt Härte. Die Friedensengel der Karikatur mit Bajonetten und Schwergeschützen anstatt des Palmenwedels sind bittere Wirklichkeit. Auch Großbritannien findet nur wieder die Macht, wenn es sich diese schafft durch eine Erneuerungspolitik der wirklichen Tat, des rücksichtslosen, alles wagenden Griffes nach der im Banne Frankreichs verlorenen Handlungsfreiheit.

Abschluß der Londoner Konferenz.

Konferenz zu Vieren? Deutschland lehnt Genf als Tagungsort ab.

(P.M.) London, 15. Oktober.

Gestern vormittag kurz vor 10 Uhr hat die Vier-Mächte-Konferenz ihren Abschluß gefunden. Am Nachmittag ist Herriot wieder nach Paris abgereist. Kurz nach der Beendigung der Konferenz wurde ein offizielles Communiqué herausgegeben, in welchem festgestellt wird, daß im Laufe des Donnerstag und Freitag in Downing-Street Unterredungen zwischen Macdonald, Herriot und Simon über den englischen Vorschlag einer Konferenz zwischen den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands stattgefunden haben, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, denen man in Genf begegnet sei. Der französische und der englische Minister traten dafür ein, daß der entsprechende Konferenzort der Vertreter der vier Mächte Genf wäre. Die Englische Regierung bemühte sich darum, die beiden anderen Staaten zu bewegen, sich mit diesem Vorschlag einverstanden zu erklären. Die Konferenz hätte einen vorbereitenden und nicht offiziellen Charakter. Ihr Zweck würde darin beruhen, eine Art zu finden, die es gestatten würde, im Völkerbunde eine gemeinsame Abrüstungskonferenz zustande zu bringen.

Wie das Reuters-Bureau erfährt, hat die Britische Regierung bereits eine Antwort der Italienischen Regierung erhalten, die mit Genf als Sitz der Konferenz einverstanden ist. Deutschland hat in seiner Antwort betont, daß es im gegenwärtigen Augenblick nicht geneigt sei, nach Genf zu gehen. Englische Kreise sind der Meinung, daß der Ort der Konferenz nicht als ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Konferenz betrachtet werden dürfe. Die Englische Regierung messe dem Ort der Konferenz keine große Bedeutung bei und sei bereit, sich auf jeden Ort zu einigen, der den übrigen Mitgliedern der Konferenz entsprechend erscheine.

Londoner Blätterstimmen zur Lage.

London, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Stellungnahme der englischen Presse zu dem Ergebnis der Herriot-Macdonald-Besprechungen ist im allgemeinen, wie zu erwarten ist, darauf eingestellt, Deutschlands Weigerung, nach Genf zu gehen, als einen diplomatischen Fehler zu betrachten und zu versuchen, Deutschland zu einer besseren Einsicht zu bekehren.

Man könne zwar, so sagen die „Times“, angesichts der innerpolitischen Lage den Widerstand der Deutschen Regierung verstehen, aber man müsse doch fragen, ob sie wirklich in ihrem eigenen Interesse gehandelt habe. Nach dem ersten Anschein könne es wirklich als ein Fehler erscheinen, daß die Deutsche Regierung eine Erörterung ihres Falles mit den drei anderen Mächten nur wegen der Änderung des Zusammenkunftsortes verweigere, zumal die Franzosen sich endlich mit der Konferenz einverstanden erklären. Man hätte nicht erwarten können, daß England an London festhalten würde, wenn nur die Konferenz überhaupt zustande komme. Die Sympathie Englands für Deutschlands Gleichberechtigungsforderung könne nur geschreckt werden, wenn Zweifel an dem guten Willen Deutschlands zur Zusammenarbeit mit anderen Mächten für die Sache des Friedens in Europa entstünden. Derartige Zweifel müßten Gedanken über die Ziele der Deutschen Regierung hervorrufen.

Im „Daily Telegraph“ heißt es: Die Englische Regierung müsse die Schwierigkeiten überwinden, die durch Berlins Einwendungen gegen Genf entstanden seien. Das werde wohl zunächst auf dem Wege über die diplomatischen Kanäle versucht werden. Späterhin könne vielleicht auch, falls diese Methode fehlschläge, eine Einladung an die deutschen Minister nach London erfolgen. In diplomatischen Kreisen sei man der Ansicht, daß schließlich doch ein anderer Zusammenkunftsort gewählt werden müsse. Deutschland könne wohl den Vorschlag, die Konferenz in Lausanne abzuhalten, nicht zu ablehnen. Der deutsche Gleichberechtigungsanspruch sei von der Englischen Regierung als verständlich anerkannt worden. Man müsse aber betonen, daß auch ohne Deutschland gute Arbeit von der Abrüstungskonferenz geleistet werden könne. Man brauche nicht überrascht zu sein, wenn die Herriot-Macdonald-Besprechungen schon ziemlich bald zu neuen Aussprachen umfassender Art führen würden.

„Morningpost“ macht darauf aufmerksam, daß die Englische Regierung schon vor der Konferenz Macdonalds mit Herriot von deutscher Seite auf die Einwände gegen Genf aufmerksam gemacht worden sei. Vielleicht käme doch noch ein Kompromiß auf Lausanne zustande. Im übrigen habe sich die Methode der „offenen Diplomatie“ wieder einmal als ein Fehlschlag erwiesen.

Der sozialistische „Daily Herald“ kritisiert die schwankende Haltung der Mächte, die der eigentliche Grund für das Ausscheiden Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz sei.

Eine amtliche deutsche Feststellung.

Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Londoner Einigung zwischen Macdonald und Herriot wird von deutscher Seite festgestellt, daß für die Reichsregierung

entsprechend der Einladung durch England London als Tagungsort selbstverständlich sei, während Genf nur dann annehmbar wäre, wenn vorher die Unabhängigkeit der Konferenz von den Abrüstungsverhandlungen gewährleistet werden würde. Man erwartet, daß noch weitere diplomatische Verhandlungen über den Tagungsort gepflogen werden.

Wie das Conti-Bureau meldet, kann sich Deutschland mit seiner Teilnahme an einer Konferenz in Genf nur im dem Falle einverstanden erklären, wenn zuvor der Standpunkt gegenüber den bekannten deutschen Vorbehalten über das Problem der Rüstungsgleichheit festgestellt ist, da im anderen Falle die Gefahr bestehe, daß Deutschland zu der Vier-Mächte-Konferenz in Genf gewissermaßen durch die Hintertüren zur Abrüstungskonferenz hineingelassen werden würde, ohne daß die Frage der Gleichberechtigung geklärt ist.

Die Pariser Presse ist zufrieden.

London, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Über die in den Besprechungen zwischen Macdonald und Herriot erzielte Einigung verlautet, daß England über die Ablehnung Genfs als Tagungsort durch Deutschland enttäuscht worden ist. Das Festhalten Frankreichs an Genf ist erst zu einer Kardinalfrage gemacht worden, nachdem Deutschlands Ablehnung bekannt geworden war. Die Pariser Presse ist mit dem Ergebnis der Besprechungen besonders zufrieden.

Konferenz am 10. November?

Die Havas-Agentur meldet, daß die Genfer Abrüstungskonferenz unter Teilnahme Englands, Frankreichs und Italiens wahrscheinlich am 10. November d. J. zusammentreten wird.

Unter der „Konferenz“ wird hier offenbar die dieser Tage in London beschlossene Vorkonferenz zur Abrüstungskonferenz verstanden, an der bekanntlich als einer der Hauptinteressenten Deutschland teilnehmen sollte. Sollte sich die Havas-Meldung bestätigen, dann würde man über den Einspruch Deutschlands gegen Genf als Tagungsort zur Tagesordnung übergegangen sein und sich in Genf ohne Deutschland als Rumpfkongress konstituieren.

Vor dem Abschluß in Genf.

Die Völkerbundversammlung soll am heutigen Tage ihren Abschluß finden. Sämtliche Kommissionen, mit Ausnahme der vierten, haben schon längst ihre Arbeiten beendet. Die vierte Kommission beschäftigt sich mit dem Haushalt und der Frage der Besetzung des Amtes des Generalsekretärs des Völkerbundes. Um die Gegensätze, die in dieser Frage bestehen, auszugleichen, wurde gestern das Unterkomitee zu einer Nachtitzung einberufen.

Italien wünscht Verbleiben Sir Eric Drummonds auf dem Generalsekretärs-Posten.

London, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Einer Meldung des „Daily Herald“ aus Genf zufolge hat die Italienische Regierung ihren Botschafter in London angewiesen, sich an Macdonald zu wenden und ihn zu ersuchen, seinen Einfluß auf Sir Eric Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, dahin geltend zu machen, daß dieser noch ein oder zwei Jahre im Amte verbleibe.

Zaleski hat wieder gesprochen.

Bei der Behandlung der Beschwerden der polnischen Minderheit im Völkerbunde hat u. a. auch der polnische Außenminister Zaleski eine Ansprache, in der er einleitend seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß viele von der polnischen Minderheit in Deutschland in ihren Petitionen zitierte Fälle von dem Rat mit Rücksicht darauf nicht geprüft werden können, weil sie außerhalb des Gebietes vorgekommen seien, auf das die oberschlesische Konvention Anwendung findet.

„Ich halte es“, so sagte weiter Herr Zaleski, „für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit des Rats darauf zu lenken, daß man noch einmal und zwar in einer speziell krassen Weise die Existenz von zwei Minderheiten-Kategorien feststellen muß, und zwar einer geschützten und einer Minderheit, deren Rechte international nicht garantiert sind. Mein Gesichtspunkt über diese Frage dürfte bekannt sein, ich kann mich daher hier darauf beschränken, an die von der Deutschen Regierung in einer Note übernommenen Verpflichtungen zu erinnern, die von den Delegierten der Reichsregierung an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz am 28. Mai 1919 gerichtet wurde. Dort heißt es, daß Deutschland entschlossen sei, die fremden Minderheiten auf seinem

Gebiet den Grundsätzen entsprechend zu behandeln, deren Anwendung es für die deutsche außerhalb des Reiches lebende Minderheit fordert.

„Was die Lage der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien anbelangt, wo ein bestimmtes Verfahren durch die deutsch-polnische Konvention vorgeschrieben ist, habe ich unbestreitbar das Recht, darüber im Rat zu sprechen. Ich halte es für unsere Hauptaufgabe, die Gegenstände zu mildein, nicht aber zu vertiefen, den Minderheiten eine wirksame Hilfe zu erteilen, sich jedoch nicht ihrer Forderungen zu politischen Zwecken zu bedienen.“

Zum Schluß seiner Ansprache gab Minister Zaleski dem Wünsche Ausdruck, daß ein Zustand normaler Verhältnisse zwischen den deutschen Behörden und der polnischen Minderheit dieser das Gefühl des Vertrauens geben möchte, ohne das eine Zusammenarbeit zwischen der Minderheit und dem Staate undenkbar sei. Nach Zaleski sprach der Vertreter der deutschen Delegation, Rosenbergl, der erklärte, daß die polnische Minderheit ihre Rechte überfordere und daß die Beschwerden der polnischen Minderheit unbegründet seien.

Deutschland hat, ohne vertraglich dazu verpflichtet zu sein, seine moralischen Verpflichtungen gegenüber der polnischen Minderheit stets erfüllt — sein Gewissen ist rein, und es braucht eine nähere Nachprüfung der Beschwerdefälle nicht zu scheuen. Was es mit dem Schreiben vom 28. Mai 1919, auf das Herr Zaleski hier rekurriert, auf sich hat, ist von uns in dem Beitrag in Nr. 230 der „Deutschen Rundschau“ vom 7. Oktober 1932 eingehend und völlig erschöpfend dargelegt worden, so daß sich ein nochmaliges Eingehen darauf erübrigt. Wenn Herr Zaleski sagt, daß er es für seine Hauptaufgabe halte, die nationalen Gegenstände zu mildern, nicht aber zu vertiefen, so akzeptieren wir diesen Grundsatz gern, finden aber zu unserem lebhaften Bedauern, daß man bei uns in der Praxis nicht nach diesem Grundsatz handelt. Wenn die deutsche Minderheit bei uns selber allzu oft zu Beschwerden Anlaß hat, so geschieht das keineswegs zu politischen Zwecken, sondern lediglich zur Wahrung ihrer kulturellen Rechte, die ihr in den Verträgen und im polnischen Staatsgrundgesetz verbürgt sind.

Das „Bureau“ in Genf für den 3. November einberufen.

Genf, 18. Oktober. Die Mitglieder des Bureaus der Abrüstungskonferenz beschlossen heute unter Hendersons Vorsitz, die Arbeiten des Bureaus am 3. November wieder aufzunehmen. Der Hauptauschuß wird in der zweiten Hälfte des November zusammentreten, da Herriots Plan constructif erst geprüft und die Ergebnisse der Londoner Besprechungen abgewartet werden sollen.

Kostring vorläufiger Hoher Kommissar in Danzig.

Genf, 14. Oktober. Die Danziger und die Polnische Regierung haben ansehts der bisherigen ergebnislosen Bemühungen des Völkerbundes, einen Nachfolger für den Danziger Völkerbundkommissar Grafen Gravina zu finden, nunmehr dem Generalsekretär des Völkerbundes den Vorschlag gemacht, den gegenwärtigen Chef der Danziger Abteilung im Völkerbundssekretariat, den Dänen Helmer Kostring, mit der einstweiligen Leitung des Danziger Völkerbundkommissariats zu beauftragen. Der Völkerbundrat wird am Sonnabend oder Montag zusammentreten und feststellen, daß die endgültige Wahl des Danziger Völkerbundkommissars infolge der ergebnislosen Versuche, einen Völkerbundkommissar zu finden, auf die Novembertagung des Rates verschoben werden muß.

Nach dem Vorschlag der Danziger und Polnischen Regierung soll jetzt der Leiter der Danzig-Abteilung im Völkerbund, Kostring, mit allen Befugnissen des Völkerbundkommissars sein Amt bis zu der endgültigen Ernennung des neuen Völkerbundkommissars in Danzig führen. Der Völkerbundrat wird endgültig entscheiden, bis zu welchem Zeitpunkt Kostring als Danziger Völkerbundkommissar tätig sein soll. Bisher ist der 1. Dezember für den Abschluß seiner Tätigkeit in Aussicht genommen. Es kann hierbei festgestellt werden, daß Kostring bereits seit längerer Zeit von verschiedenen Seiten als Kandidat für die Nachfolge Gravinas genannt worden war, jedoch bis jetzt auf das entschiedenste die Annahme dieses Postens abgelehnt hatte. Angesichts der gegenwärtigen Lage und der dringenden Notwendigkeit einer sofortigen Befetzung des Danziger Postens hat Kostring sich nunmehr entschlossen, dem Ersuchen der Danziger und Polnischen Regierung stattzugeben.

Helmer Kostring, der dem Grafen Gravina persönlich seit vielen Jahren freundschaftlich nahestand, ist am 8. Juli 1893 in Dänemark geboren und ist insbesondere durch seine Tätigkeit als neutraler Delegierter in der Kriegsgefangenenfürsorge bekannt geworden. In einer Reichstagsitzung vom 23. September 1920 hat die Deutsche Regierung ausdrücklich Kostring ihren Dank für seine hervorragende Tätigkeit auf dem Gebiet der Kriegsgefangenenfürsorge ausgesprochen. Kostring ist im Jahre 1920 ins Völkerbundssekretariat eingetreten und leitete seit 1925 die Danzig- und die Saar-Abteilung. Er ist seit 1927 mit der Tochter des bekannten schwedischen Grafen Bathier Hamilton verheiratet. Die bevorstehende Ernennung Kostrings zum interimistischen Danziger Völkerbundkommissar wird in deutschen und Danziger Kreisen durchaus begrüßt, da Kostring während seiner langjährigen Tätigkeit im Rahmen des Völkerbundes sich als eine außerordentlich sachverständige, objektiv denkende Persönlichkeit erwiesen und stets weitgehendes Interesse für die besondere Lage Danzigs und die Danziger Interessen gezeigt hat.

Das polnische Gymnasium in Beuthen wird eröffnet.

Wie der Katowitzer Korrespondent des „Kurier“ wany Kurjer Codzienny“ erfährt, soll die Genehmigung zur Eröffnung des polnischen Privatgymnasiums in Beuthen in der nächsten Woche erteilt werden. In diesen Tagen ist dort ein Verein unter dem Namen „Polnische Bursche“ eröffnet worden, dessen Aufgabe es ist, sich der Bgklunge des polnischen Gymnasiums in Beuthen anzunehmen.

Deutsche Volksbank

Bank Spółdz. z ogr. odpow.

w Bydgoszczy

Telefon: 162 • 384 • 1354

Giro-Konto: Bank Polski • Bydgoszcz

Postscheck-Konto:

P. K. O. Poznań Nr. 202 264

Erledigung aller Bankgeschäfte • Annahme von Sparegeldern

Filialen: Chelmno Tel. 75 • Postscheck-Konto: P. K. O. Poznań Nr. 209 737

Grudziadz „ 249 • Giro-Konto: Bank Polski • Grudziadz, Postscheck-Konto: P. K. O. Poznań Nr. 208 993

Koronowo „ 48

Swiecie „ 82 • Postscheck-Konto: P. K. O. Poznań Nr. 212 261

Wejherowo „ 71 • Giro-Konto: Bank Polski • Gdynia

Wyrzysk „ 31

Propaganda für Auflösung des Sejms.

Die Warschauer nationaldemokratischen Presse-Organe haben jetzt eine Kampagne eingeleitet mit dem Ziel, die Auflösung des gegenwärtigen Sejms herbeizuführen. Die Initiative zu dieser Kampagne soll der Oberste Rat der Christlichen Demokratie gegeben haben, der sich auf den Standpunkt gestellt hatte, daß der gegenwärtige Sejm aufgelöst werden müßte. Die neuen, ehrlich durchgeführten Wahlen, so heißt es in dem betreffenden Beschluß, könnten dem neuen polnischen Parlament das Vertrauen der Volksgemeinschaft sichern, das der Sanierungs-Sejm nicht besitze.

Dieses Thema behandelt jetzt der „Wieszczyk Warszawski“, der für die Auflösung des Sejms aus folgenden drei Gründen eintritt:

1. Die Hunderttausende und die Millionen von Wählern, die aus diesen oder jenen Gründen für die Sanierung gestimmt haben, würden nach den letzten Erfahrungen heute anders stimmen;

2. Die Mehrheit der Sanierung habe auf das Recht der Kontrolle der Regierung verzichtet, und sei stillschweigend damit einverstanden, daß die Regierung die ihr erteilten Vollmachten überschreite;

3. Die Erbsünde des gegenwärtigen Sejms bestehe darin, daß er auf die Durchführung der Verfassungsänderung, zu der er berufen war, verzichtet habe. Damit habe dieser Sejm die Existenzberechtigung verloren.

Beginn der Arbeit zur Verfassungsreform.

Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reichsregierung hat nunmehr die in Frage kommenden Stellen des Reichsministeriums beauftragt, einen Entwurf zur Reform der Reichsverfassung vorzulegen, für den bereits die entsprechenden Richtlinien gegeben wurden.

Nationalversammlung in Potsdam?

Berlin, 14. Oktober. (PNA) Die Oppositionspresse verbreitet die Meldung, daß die Reichsregierung beabsichtigt, unverzüglich nach den Wahlen zum Reichstage die Nationalversammlung nach Potsdam einzuberufen. Die Aufgabe dieser Versammlung bestände nach dem „Angriff“ darin, über drei Fragen zu entscheiden und zwar: 1. über die Reform der parlamentarischen Struktur, 2. über die Vereinigung der preussischen und der Reichsbehörden in einer Hand, 3. über die Ausarbeitung einer neuen Wahlordnung.

Die Wahlordnung solle nach dieser Meldung nach dem englischen System ausgearbeitet werden, das die Abgabe der Stimmen auf die einzelnen in den Bezirken kandidierenden Personen, nicht aber auf Parteilisten vorseht. (Das englische Wahlrecht kennt auch keine Stichwahl. Der Kandidat mit den meisten Stimmen ist gewählt.) Der Staatsrat würde durch ein Oberhaus ersetzt werden, zu dem Persönlichkeiten berufen werden sollen, die außerhalb der parteipolitischen Bewegung stehen. Was die Reform der Staatsordnung Preußens anbelangt, so solle eine Personal-Union des Reichskanzlers und des Preussischen Ministerpräsidenten vorgesehen werden. Die Zahl der preussischen Ministerien würde eine Reduktion erfahren.

Die Hugenberger Presse bezeichnet diese Informationen als Phantasieprodukt.

Schutzpolizei und Reichswehr.

Einer Meldung aus Genf zufolge sind gestern in einer geheimen Sitzung des Abrüstungs-Ausschusses von französischer Seite scharfe Angriffe gegen Deutschland wegen einer angeblich militärischen Organisation der Schutzpolizei erhoben worden. Der französische Delegierte Massigli stellte die Behauptung auf, daß in den auf Grund der Friedensverträge abgerüsteten Ländern, wie z. B. in Deutschland, die Polizei eine Stufe der Organisation und Militarisierung erreicht habe, wie sie in den Siegerstaaten nicht zu verzeichnen sei.

Im Zusammenhange damit stellt das deutsche halb-offizielle Conti-Bureau fest, daß zwischen der Reichswehr und der Polizei keine dienstlichen oder organisatorischen Zusammenhänge beständen. Die Schulung und Bewaffnung der Polizei sei mit Rücksicht auf ihre besonderen Aufgaben so verschieden von den militärischen Grundsätzen, daß die Aufnahme einer noch so geschulten Polizei-Abteilung in die Armee und ihre Verwendung im Kampfe mit einem äußeren Feinde technisch unmöglich wäre.

Prozeß Reich — Preußen.

Die Frage der Verhandlungen mit Hitler.

Leipzig, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Im weiteren Verlaufe des Prozesses Preußen-Reich vor dem Staatsgerichtshof wurde eine Stellungnahme des Reichsinnenministers Gahl sowie ein Telegramm des Reichskanzlers bekannt gegeben, worin u. a. mitgeteilt wird, daß der Reichskanzler weder persönlich noch durch eine von ihm beauftragte Mittelsperson mit Hitler Verhandlungen gepflogen noch Vereinbarungen getroffen hätte.

Italien verlangt Gerechtigkeit

für Deutschland und Ungarn.

London, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In einer in dem „News Chronicle“ veröffentlichten Interredung setzt sich der italienische Kabinettschef und Hauptvertreter Italiens in Genf, Baron Aloisi, für die Revision des Versailler Vertrages und für die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ein.

Italien stehe dem Völkerbund an sich keineswegs feindlich gegenüber, es müsse aber ein Völkerbund sein, der keine Unterschiede zwischen Großen und Kleinen, oder zwischen Sieger und Besiegten kenne. Daß der Versailler Vertrag nicht ewig bestehen könne, sei schon dadurch bewiesen, daß bereits jetzt wichtige Einzelheiten — wie die Reparationsklausel — revidiert werden seien. Italien stehe auf dem Standpunkt, daß es eine ausgesprochene Ungerechtigkeit sei, Deutschland als zweiklassige Macht zu behandeln. Italien begrüßt die Revision der Friedensverträge, weil diese völlig unbillig gegenüber Deutschland und Ungarn seien.

Italien habe keine besonderen Sympathien für die eine oder andere Partei in diesen Staaten. Jede Regierung in Deutschland oder Ungarn könne auf Italiens Unterstützung in ihrem Kampf um die Gerechtigkeit rechnen.

Deutschland sei gezwungen gewesen, sich von der Abrüstungskonferenz zurückzuziehen, wenn ihm nicht volle Gleichberechtigung gewährt würde. Deutschland dürfe große Ergebnisse von der Konferenz erwarten, es habe lange genug vergeblich gewartet. Wenn die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung erzielt werde, so werde das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten wieder erwachen und viele andere politische Fragen werden gelöst werden.

Wie man in Mutden Gegenstände ausgleicht.

Gouverneur schlägt Staatsrat mit dem Beil nieder.

Mutden, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das Mitglied des mandchurischen Staatsrates Lijichun wurde während des Essens in einem Hotel in Tschangtschun von dem Gouverneur von Hailungkiang, General Tchiehguan, mit einem Beil angegriffen und niedergemacht. Die Verletzungen sind so schwer, daß man mit dem Ableben Lijichuns rechnet. General Tchiehguan beschuldigte Lijichun, er habe ihn zur Aufgabe des Gouverneurpostens zwingen wollen. Die Tat hat in Tschangtschun großes Aufsehen erregt.

Deutsches Reich.

Die Kandidatur Schacht nicht aktuell.

Die Kandidatur Dr. Schachts für den Posten des Bankkommissars ist aus nicht durchsichtigen Gründen zurzeit wieder stärker in den Hintergrund getreten.

Milderung der Rentenkürzungen.

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das Reichskabinett wird sich am Freitag mit der geplanten Milderung der durch die Notverordnungen erfolgten Kürzungen der Renten beschäftigen. Es ist geplant, einen Winterzuschlag für die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen.

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten in Preußen.

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Leipzig hat der „Voll. Btg.“ zufolge die Polizei in Berlin wie in allen größeren Städten Preußens mit einer umfangreichen Suchaktion nach illegalen Schriften hochverräterischen Inhalts bei kommunistischen Verlagen und Organisationen begonnen. Am Mittwoch früh wurden in Berlin zu gleicher Zeit zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Beamten beschlagnahmten eine Reihe von Broschüren, Schriften und in der Hauptsache Adressenmaterial. Über das vorläufige Ergebnis der Aktion wird im Interesse der weiteren Untersuchung Schweigen bewahrt. Sowohl in Berlin wie in übrigen Preußen ist die Suchaktion noch nicht abgeschlossen.

Breitheit gegen die Verfassungsänderung.

Berlin, 14. Oktober. (PNA.) In der am Mittwoch abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung hat der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Abg. Breitheit, eine Rede gehalten, in der er gegen die Absichten einer Verfassungsänderung scharf protestierte. Der Redner behauptet, daß der Plan einer solchen Reform die Liquidierung der republikanischen Staatsordnung zum Ziele habe und die Folge werde darin bestehen, daß der Monarchie der Weg geebnet werde. Breitheit wies darauf hin, daß die monarchistischen Pläne des ehemaligen Kronprinzen vorläufig auf den Widerstand des Reichspräsidenten von Hindenburg stießen. Diese Pläne würden jedoch gefährlich werden, falls der Reichspräsident eines Tages seine Ansicht ändern sollte. Von dieser Voraussetzung ausgehend richtete der Redner an das republikanische Lager den Appell, zu wachen und die gegenwärtige Staatsordnung zu verteidigen.

Landesgenossenschaftsbank

Bank Spółdzielczy z ograniczoną odpowiedzialnością Poznań
(früher: Genossenschaftsbank Poznań)

Oddział w Bydgoszczy, ul. Gdańska 16

Telefon 291, 374, 373.
Drahtanschrift: Räfteisen.

Postscheckkonto Poznań Nr. 200 182.
Girokonto: Bank Polski, Bydgoszcz.

Eigenes Vermögen 6.800.000.— zł. / Haftsumme rund 10.700.000.— zł.

Annahme von Spareinlagen gegen bestmögliche Verzinsung.

Laufende Rechnung. Scheckverkehr. An- und Verkauf und Verwaltung von Wertpapieren.

Bank-Inkassi. An- und Verkauf von Sorten und Devisen. **Vermietung von Safes.**

Landwirtschaftsschulen

Schroda (Sroda) u. Birnbaum (Miedzynód)

beginnt der Unterricht am 3. November 1932.
Anmeldungen nehmen die Direktionen entgegen.

Willst Du nicht am Magen leiden —
Darfst das Weizenbrot nicht meiden
von der Firma **Tomasz Marmurowicz, Zbożowy Rynek 12**

Achtung! Tiefrohrbrunnen, welche an Ergiebigkeit infolge Versteinerung oder Verrostung des Filters nachgelassen haben, erhalten ihre volle Ergiebigkeit wieder durch **Gemische Ausreinigung** desselben. Führe dieselbe mit wenigen Untofen praktisch aus. — Ferner übernehme sämtliche **Reparaturen an Brunnen, Bohrungen, Pumpen und Wasserleitungen**, sowie **Reparaturen an denselben**. Spezialität: **Wasser-auffindung durch Veruchbohrungen**. — **Werkzeuge, Pumpen und Rohre** halte stets vorrätig.
Aug. Dietrich, Brunnenbaumeister, Bydgoszcz, Gdańska, neue Nummer 78, Gegründet 1901. — Telefon 782.

Für Herbst und Winter empfehlen wir unsere im ganzen Lande einzigen u. konkurrenzlosen Warenkomplett.
Für nur 12.80 zł versenden wir: 1 Herren-Pullover, in modernsten Dessins, mit Blitzverschluss, 2 Paar Winter-Wollsocken, 3 weiße Waffel-Handtücher, 3 weiße Taschentücher, 1 Paar Handschuhe, Wolle, doppelt, 1 Seidenkrautwatte und 1 Komplet Kosmetikum, bestehend aus: Toilettenseife, Fläschchen Eau de Cologne und Taschenkamm.
Für 12.95 zł versenden wir: 1 Damen-Pullover, reine Seide, in modernsten Farben, 2 Paar guter Strümpfe, prima „Mako“, 3 weiße Waffel-Handtücher, 3 Taschentücher mit Hohlraum, 1 Paar Winter-Reformen, Trikot, in guter Qualität, 1 Paar Woll-Handschuhe, doppelt und 1 Komplet Kosmetikum, bestehend aus: Toilettenseife, Fläschchen Eau de Cologne u. Schachtel Puder (Farbe angeben).
Für 10.95 zł versenden wir: 1 Woll-Jackett (für Kinder) mit Mütze, Schal u. Handschuhen, 2 Paar Wollstrümpfe, 2 Taschentücher, 2 weiße Waffelhandtücher und Toilettenseife.
Achtung! Wer einen guten Winteranzug haben will, bestelle 3 Meter englischen Kort für nur 18.— zł.
Obige Waren verschicken wir gegen **Nachnahme**. Versandkosten trägt der Käufer. Bei Nichtgefallen erstatten wir das Geld.
Adresse: Towar Polski Jan Domzalski, Warszawa I, skrytka 381 oddział 2.

„Kosmos“ Creme u. Seife
beseitigt unter Garantie Sommersprossen, gelbe Flecke, Pickeln, Flechten, sowie alle Hautunreinigkeiten. Macht erstaunlich weiche, weiße Haut, gibt blühendes, rosiges und frisches Aussehen.
Creme 2.50 u. 4.50, Seife 1.50, zu haben nur in der **Drogerie „Kosmos“ Parfümerie J. Gluma, Dworcowa 55.**

Im Damen- u. Herren-Trifler-Balon
sind die Preise für **Dudulieren, Haarschneiden, Rasieren** usw. bedeut. herabgesetzt. Der Inhaber

Waffe ohne Polizei-Genehmigung!
Browning, Kal. 6 aus Metall, vernickelt, System „Es-Te“ präzise, schießt speziell mit „Sell“-Geschossen, versenden wir geg. Nachnahmef. 21.50, 2 Stck. 10.50, 6 Stck. 30.—, 100 Patronen „Sell“ für Browning 21.70, 200 Stck. 21.50.—
— Versandkosten trägt der Käufer.
Adr.: D/W. Kuperman, Warszawa I, skrytka pocztowa 97, oddział 37.

Kyffhäuser-Technikum
Bad Frankenhausen, Kyffh.
Für Ingenieure und Werkmeister. — Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau, Landmaschinenbau, Luftfahrzeugbau.
Eigener Flugplatz. Programme frei.

Steuer-Ermäßigung
nur durch korrekte Buchführung mit Bilanz.
E. Currell, Bücher-Revisor, Büro: Bydgoszcz, Zduny 11 W.3, Wg: Marcinkowskiego 1 W.7. 3945

Günstigste Einkaufs-Quelle

- Prunel-Halbschuh mit und ohne Riemen **790**
- Samt-Halbschuh mit und ohne Riemen **980**
- Pantoffel, Chromleder, mit Riemen, halb-hohem Absatz, schwarz und braun **1275**
- Warmer Morgenpantoffel mit Ledersohle **480**
- Herren-Halbschuh, Chromleder, dauerhaft im Tragen **1580**
- Herrenschuh, Chromleder, schwarz, sehr praktisch **1680**
- Kinderschuh, Chromleder, schwarz und braun **1150**

Spezial-Abteilung für Schuh-Reparaturen

Herrensohlen	2.75	Damenabsätze	0.40
Damensohlen	1.75	Kindersohl. u. Absätze 19/25	1.70
Herrenabsätze	0.85	Kindersohl. u. Absätze 26/34	2.20

Für Herbst und Winter reiche Auswahl in Damen-, Herren- und Kinder-Schuhen

Be De Te

BYDGOSKI DOM TOWAROWY

Gdańska 15 BYDGOSZCZ Tel. 354 u. 17

EINKOMMENSTEUER
Berufungen erledigt fachgemäß, sorgfältig u. schnell. Für Landwirte nach den festgesetzten Normen. Auch alle anderen Steuerangelegenheiten wie Bittgesuche, Interventionen gegen Exekution usw. werden sorgfältig erledigt. Für das kommende Steuerjahr empfiehlt sich zur Anlegung von Handelsbüchern.
„INFORMATOR“ BYDGOSZCZ
Jagiellońska 12
K. Gruchala, fr. Steuersekretär des Finanzamts Bydgoszcz-Kreis
Kontr. des I. Finanzamts Bydgoszcz im Ruhestand.

kauft man nur bei reicher Auswahl und eine solche große Auswahl bietet sich Ihnen bei der Firma
Pelze
J. Rapaport i Syn
WARSZAWA
Filiale Bydgoszcz
Dworcowa 33. Telefon 21-13.
Wir bitten unsere reiche **Schaufenster-Ausstellung** und **niedrigen Preise** zu beachten.

Gratis-Schreckpistole
„Dz. U. P.“ 2341 (650 Patronen) ohne poliz. Genehmigung erhält jeder, der bei uns brieflich eine **Uhr aus französischem Gold**, die sich von 18 karätigem Gold in nichts unterscheidet, mit 5jähr. Garantie, auf die Minute reguliert, mit ewigem Glas, für 6.95 zł bestellt, 2 Stck. 13.— zł, bessere Art 7.95, 9.— zł, Extra-Phantasie 10.50, 12.—, 15.—, 18.—, Herren- oder Damen-Armbanduhr, Anker, mit 3 Deckeln 12.75, 15.—, 18.—, 24.— zł. Ketten aus französischem Gold 1.—, 2.—, 3.—, 5.— zł. Versandkosten trägt Käufer. Im Falle Nichtgefallens erstatten wir das Geld. **Gratis** geben wir Browning mit 50 Patronen zu — 1.20. 8905
Adresse: **D/W. Tenbaum, Warszawa I, Skrytka 731, oddział 3.**

A. Rathke & Sohn G. m. b. H. Praust
Telefon Danzig 286 36
Gärtnerei **Baumschulen Samenhandlung**
Areal 75 ha
Sortenechte **Obstbäume** aller Art
Koniferen, Rosen, Stauden, Dahlien
Zollfreie Einfuhr nach Polen
Abgebaute Preise Preisliste kostenfrei

Stühle werb. gut und bill. geflochten
Grunwaldzka 78. 3323
Holzwohle in Ballen, liefert **Eryk Dietrich, Bydgoszcz, Gdańska 78, Tel. 782**
Staheldraht 100 m in Ballen, liefert **Eryk Dietrich, Bydgoszcz, Gdańska 78, Tel. 782**
Geflechte, tonförmig, geben ab Gebr. Ziegler, Rakto. Telefon 72. 8904

Bielitzer Stoffe sind die besten!
Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantelstoffen können Sie sich direkt aus Bielitz besorgen. Ich liefere garantiert erstklassigste Bielitzer Qualitäten in den modernsten Mustern zu günstigen Preisen. Verlangen Sie vollkommen unverbindlich und kostenlos (selbst Rückporto füge ich bei) meine neue Musterkollektion. Außerst solide Bedienung.
Fa. **Wiktor Thomke**
wyrób i skład sukna, Bielsko-Kamienica

Frühbeetfenster
in allen Größen, roh, imprägniert oder getrichen
Rahmen 150x100, u. 156x94, 3 Sprossen roh 3.— zł a Stück, Berglast, imprägniert oder getrichen 9.50 zł, mit Windblei 10.— zł.
Treibhausprossen à laufende mtr 0.40 zł.
Gartenglas verschiedene Größen, 1 Riste zu 20 □ m a 3.— zł, kleinere Posten a 3.50 zł.
Glaserfitt la a klg 0.70 zł.
Frei Verpackung und Bahnhof.
A. Heyer, Fabryka Okien Inspektowych, Grudziądz, Chelmińska 38, Tel. 486. 1252

Bommerellen.

15. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

Die antisemitischen Krawalle im Zentralhotel

In Graudenz, die, wie wir berichteten, von einer Anzahl junger Leute, die mit Ausnahme eines der Beteiligten der radikalen, inzwischen für Pommerellen aufgelösten Organisation „Oswiepol“ (Großes Lager von Polen) angehörten, verübt wurden, kamen jetzt zur Gerichtsverhandlung.

Am Donnerstag wurde gegen die dreizehn Angeklagten das Urteil gefällt, das wie folgt lautete: Edmund Hinz, Jan Romalewski und Pawel Bendyga erhielten je sechs Monate Gefängnis, Aleksy Praybylowicz, Henryk Pralat und Alfons Dybowski je vier Monate Arrest, sowie Stefan Musial, Zbigniew Jeziorzki, Jan Wandike, Bronislaw Wandike, Alfons Lutowski und Pawel Gerke je drei Monate Arrest.

Von den Verurteilten ist Revision angemeldet worden.

Apotheken-Nachdienst. In der Zeit von Sonnabend, 15. Oktober d. J., bis einschließlich Freitag, 21. Oktober d. J., hat Nacht- und Sonntagsdienst die Schwanen-Apothekette (Apteka pod Labedziem), Marktplat (Rynek).

Stehungsbauer des Vereins hin. Stadtpräsident Wlodek sollte in einer Ansprache der Tätigkeit des Verschönerungsvereins, seiner erfolgreichen Sorge um die Hebung des ästhetischen Aussehens der Stadt anerkennende Worte.

Aus dem Gerichtssaale. Vor dem Bürgergericht hatte sich der Kaufmann Elberg von hier unter der Beschuldigung der Steuerhinterziehung zu verantworten. Er soll in seiner Deklaration den von ihm erzielten Umsatz zu niedrig angegeben haben.

Einbruch. In der Nacht zum Freitag haben Diebe in der Zentral-Molkerei, Tuscherdamm (Tuszewska Grobla), eine Fensterscheibe eingeschlagen und die Gitterstäbe herausgebogen.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Was müssen Sie gelesen haben? Eine Antwort hierauf gibt die Buchhandlung Arnold Kriedte, Grudziadz, Mickiewicza 10, in einem ihrer Schaufenster, in dem sie eine reiche Auswahl neuester Werke ausstellt, unter denen jeder etwas für ihn Interessantes findet.

Thorn (Torun).

In der Altstädtischen evangelischen Kirche werden jetzt, nachdem 1926 das Äußere einer gründlichen Ausbesserung unterzogen wurde, umfangreiche Erneuerungsarbeiten im Innern ausgeführt.

1821 zierten und die damals, als man über den schönen Farbenschnitt in den Kirchen nüchterner dachte, kurzerhand überstrichen worden sind. Veranlassung zu dieser zeitgemäßen würdigen Erneuerung des gesamten Innenraumes gab der inzwischen erfolgte Einbau einer Heißluft-Heizanlage.

2. Nordischer Krieg bekannt sind, zu Anfang des 18. Jahrhunderts. Im September 1703 erlebte Thorn seine schwerste Kriegszeit: an drei aufeinander folgenden Tagen, am 24., 25. und 26. September, wurde die Stadt von den Schweden beschossen.

viele alte Malereien freigelegt worden. Besonders erfreut ist man über ein recht wirkungsvolles Gemälde „Jesus stillt den Sturm“.

Graudenz.

Thorn.

Beginn der Tanzstunde für Erwachsene am 20. Oktober, für Fortgeschrittene am 21. Oktober. Ilse Freije. Anmeldungen Hallera 24. Telefon 844.

Damenpelze, Pelzjacken. Spezial-Kürschnerwerkstatt unter Leitung von Frau Blaustein (aus Bydgoszcz). Grudziadz, Toruńska 16. Tel. 438.

Emil Romey. Papierhandlung. Toruńska Nr. 16. Tel. Nr. 438.

Schaufenster-Ausstellungen: Was müssen Sie gelesen haben? Erfolgreiche Bücher: Neu interessant billig. Chopin-Gedenk-Monat. Arnold Kriedte, Grudziadz, Mickiewicza 10. Tel. 85.

Damen m. lang. Haar frische zum täglich. Friseur i. Hauke; Damen m. Bubil. a. Wunisch a. einmal wöchentl. Gesf. Off. u. Nr. 8273 a. d. Gsf. H. Kriedte, Grudziadz.

Auto-Taxen und Privat-Autos zu jeder Tageszeit. Auf Anruf sofort. M. Karau, Marsz. Focha 22, Telefon 488.

Walnüsse empfehlen. Obstbäume. Johannisbeeren und meltaufr. Stachelbeeren verkauft H. Reddmann, Grudziadz, Lipowa 44.

Obstbäume. Beerenträucher Spalierbäume u. s. w. alle Arien in nur besten Sorten. Preise herabgesetzt. Thomas French Chelmza. Am Mittwoch, dem 26. Oktober 1932 nachmittags 4 Uhr findet im Vereinshaue des Deutschen Wohlfahrts-Frauenbundes Chelmza die Generalversammlung statt.

Möbelkauf ist reine Vertrauenssache! Vergleichen Sie die Ausführung unserer Möbel genau mit anderen Fabrikanten, so werden Sie mit Leichtigkeit herausfinden, daß Sie bei uns doch am besten und billigsten kaufen!

Gebrüder Tews, Torun. 100 Zimmer! fertig am Lager und zwar: Speisezimmer von zł 1000.— an. Herrenzimmer von zł 750.— an. Schlafzimmer von zł 550.— an.

Kleider u. Wäsche Strümpfe werd. mit werden angefertigt. Die Not des Winters zieht langsam heran u. bedroht unzählige Völkgenossen, die, trotz ihres Arbeitswillens, keine Beschäftigung finden.

Deutscher Frauen-Verein Świecie n. W. Sonntag, den 23. Oktober 1932: Wohltätigkeitsfest in den Sälen des Herrn Chelstowski Büfett :: Theater :: Tanz. Zur Aufführung gelangt der Schwank: Unter Geschäftsaufsicht. Beginn 4 Uhr.

Deutsche Bühne in Torun. Eröffnung der 11. Spielzeit! Mittwoch, den 19. Oktober 1932, pünktl. 8 Uhr abds. im Deutschen Heim: Jagt ihn — ein Mensch! Schauspiel in 5 Aufz. v. E. G. Kolbenheyer.

Schweg. Deutscher Frauen-Verein Świecie n. W. Sonntag, den 23. Oktober 1932: Wohltätigkeitsfest in den Sälen des Herrn Chelstowski Büfett :: Theater :: Tanz.

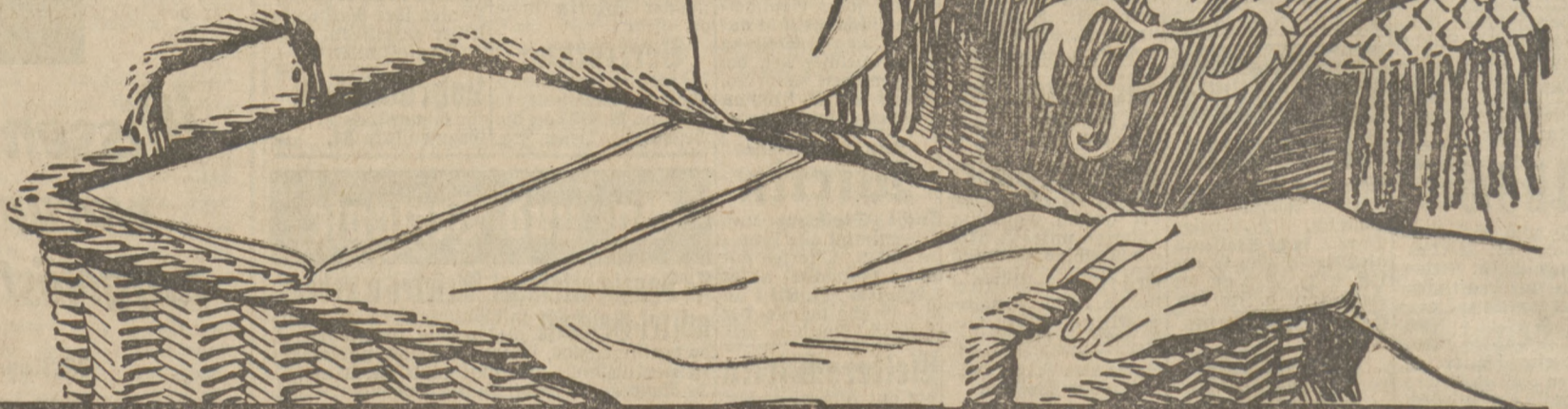
Pianos in unübertroffener Qualität empfiehlt zu billigen Preisen. B. Sommerfeld. Fabryka Pianin 7922 Bydgoszcz, ulica Śniadeckich 2. Fabriklager: Poznan, ul. 27. Grudnia 15.

Große Auswahl in allen Größen von Teppichen wie: Boucle Pißsch Woll Handgeknüpft Kokos Linoleum Kokos-Läufer bis 200 cm breit zum Auslegen ganzer Räume Japan-Matten, Bohnerbürsten, Moppbürsten und Moppeel zum Auffrischen von Möbeln usw.

Am Sonntag, dem 23. Oktober, von 5 Uhr ab, veranstaltet die Frauenhilfe einen geselligen Abend im Hotel Polonia in Radzyn, Pom., wozu herzlich einladet. Der Vorstand der Frauenhilfe.

QUALITÄT

- WIR BLEIBEN
UNS WEITER TREU



SCHICHTSEIFE MARKE HIRSCH

unverändert die beste

Sch P 3-32

Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten zu unserer Vermählung danken wir herzlich
Willy Boguslawski und Frau
Erich Boguslawski und Frau
Trzecciewiec, im Oktober 1932 3953

Zurückgekehrt
Dr. med. Kawczyński
Nervenarzt
Bydgoszcz, Sniadeckich 2.

Privatklinik Dr. Król
Bydgoszcz, Plac Wolności 11; Telefon 1910
a) Innere und Nerven-Abteilung
b) Chirurgisch-gynäkologische und Geburtshilfliche Abteilung
Röntgen-Institut, Elektrotherapie (Diathermie) — Höhensonne — Sollux usw.
Medizinische Bäder etc. 8157

Dr. Kędzierski - DANZIG
Spezialarzt für
Lungenkrankheiten
verzogen nach Langermarkt 18
10-12, 3-4, 5-6 1/2. 8182 Telefon 21817.

Ich habe mich nach mehrjähriger Tätigkeit an der Universitäts-Zahnklinik in Leipzig als
Zahnarzt
in Danzig, Langgasse 6 II
niedergelassen. 8341
9-12, 15-18 Ruf 25600
Dr. Schubert.

Habe mich in
Bukowiec pomorski
als prakt. Tierarzt
niedergelassen. 3928
Dr. med. vet. Meinrich.

Hebamme Grylikowska empf. ihr Privatentbindungsheim. Bydgoszcz, Długa 68. Telefon 1673. 3947
Hebamme Danef, Dworcowa 66.

Habe mich in Bydgoszcz
Jagiellońska 2, Wohnung 14 (Ecke Theaterplatz)
als Spezialarzt für Augenkrankheiten
niedergelassen. 3952

Empfangsstunden 11-1 und 4-7 Uhr.
Dr. med. Stanisław Filipowicz
Ehem. Assistent an der Universit.-Augenklinik in Poznań, Warszawa und der städtischen Augenklinik in Wien.

Hebamme erteilt Rat u. nimmt Bestellung entgeg. 3944
Dolaczińska, Chrobrego 10.

Steuer-Angelegenheiten!!
Berufungen gegen die Veranlagung der Einkommensteuer, Interventionen, sow. sämtl. Bittgesuche betreffs direkt. Steuern erledigt sachgemäß 3942

Leo Rosenthal
emer. Assessor des I. Finanzamts in Bydgoszcz, ul. Długa 4, Whg. 6.

Erfolgr. Unterricht
i. Englisch u. Französisch, erteilt S. u. A. Furbad, Cielistowitego 24 I. 1., (früher 11). Französisch-englische Übersetzung. Langjähr. Aufenthalt in England u. Frankreich.

Engl. u. franz. Konverl. u. Gram. erteilt gebr. Lehrerin d. mehr. Jahre i. Ausland war. Gowinińskiego 4, W. 5. 3878

Musik- u. poln. Sprachunterricht wird erteilt Pomorska 42, Stb., II. I.

Grabdenkmäler Weißtischplatten, laub. Ausfüh. staun. billig vert. Maria, Focha 36.

Blumenpenden-Bermittlung!!!
für Deutschland und alle anderen Länder in Europa. 7673

Jul. Roß, Blumenhaus, Gdańska 13, Hauptfontor u. Gärtnerei Sw. Trójcy 15. Setański 48

Rechtsbeistand

St. Banaszak
Bydgoszcz
ulica Sieszkowskiego 4
Telefon 1304. 7911
Bearbeitung von allen, wenn auch schwierigsten Rechts-, Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Miets-, Erbschafts-, Gesellschafts- u. Erbschaftsangelegenheiten u. erfolgreiche Beteiligung von Forderungen.
Langjährige Praxis.

Polnischer Sprachunterricht
für Anfänger u. Fortgeschritt., auch Einzelunterricht. Anm. erb. Goethestr. 2 (ul. 20 stycznia 20 r.), Zimm. 12. 8087

Obstbäume
Beerensträucher, Roniferen und alles andere Material für jetzige günstigste Pflanzzeit empfiehlt außerst billig
Robert Böhme,
Bydgoszcz, Jagiellońska 16.

Schuhwaren
lange Stiefel und Arbeitschuhe, gute Ausführung, verkauft billig
3922 Jezulicka 10.

Drahtseile
außer Syndikat für alle Zwecke liefert
B. Muszyński,
Seilfabrik, Lubawa. 1709
Nowy Tomysl (W.) 6

Felle!

Alle Sorten Felle merd. zum Gerben zu allerbilligsten Preisen angenommen, und zwar:
Fuchsfell v. 2-5 3/4
Zitiz v. 1-2 3/4
Warder v. 3-5 3/4
Schaffell v. 1-6 3/4
Ragenfell v. 1-2 3/4
Ziegenfell v. 1-5 3/4
u. l. w. 8067
St. Krol, Bydgoszcz, ul. Branzeje 12.

Kacheln
große Auswahl in sehr schön. Farben u. best. Qualitäten (keine Bruchware) ständig auf Lager offeriert z. billigst. Preis.

„Impregnacja“
Bydgoszcz
Lager
ul. Chodkiewicza 15
Cegielnia
Tel. 1300. 8165

Drahtzaungeflecht
mittelkräftig, 7910
2,0 m/m od. 2,2 m/m
0,95 pro m² 1,10 zt
Einfassung 20 gr mehr.
Draht —
Binde- 1,2 m/m 1,80 zt
Spalier- 2,2 m/m 4,40 zt
Spann- 3 m/m 8. — zt
Spann- 4 m/m 13,80 zt
Koppel- 5 m/m 18,75 zt
Stachel- 2-spitz. 13. — zt
4-spitzig 17. — zt
verzinkt pro 100 lfd. m
ab Fabrik. Nachnahme
Drahtlichtfabrik
Alexander Maennel,
Nowy Tomysl (W.) 6

Die älteste General-Agentur (kein Makler) der Versich.-Gesellsch. „**Plast**“ A.-G. befindet sich ul. Herm. Franko Nr. 17.
Vertreten durch:
Inspektor **Wacław Kunicki**
Telefon 772

Daßbilder
6 Stück sofort mitzunehmen 175
FOTO-ATELIER 6944
nur **Gdańska 27** Tel. 120

Landwirtsch. Kreisverein Bromberg — Schubin — Wirsik.
Gemeinsame Sitzung
am Donnerstag, dem 20. Oktober 1932,
nachmittags 3 Uhr, im Civil-Kasino zu Bydgoszcz, ul. Gdańska 20.
Tagesordnung:

Vortrag des Hrn. Dipl.-Landwirt **Die neuste Entwicklung d. Landwirtschaft in Rußland**
Dr. Oberländer über: — Geschäftliches und Anträge aus der Versammlung.
Aufnahme neuer Mitglieder. —
Die Mitglieder der Kreisvereine, sowie die der Ortsvereine nebst Angehörigen werden freundlichst hiermit eingeladen und gebeten zahlreich zu erscheinen. — Eintritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte oder Ausweis von den Geschäftsstellen Bromberg und Wirsik.
Die Vorkommenden:
Falkenthal, Runtel, Ramm.

Geldmarkt
Seilhaberin
mit 12-15000 zt für groß. Sägewerk in Bom. ge. Zulchr. u. C. 897 an V.-E. Wallis, Toruń. 8322

Suche
bis 6000 zt
auf 1. Hypothek eines Stadtgrundst. in der Hauptstraße geleg. Angebote unter **U. 8335** an die Gicht. d. 3tg.
5000 zt a. l. Hypothek
Angebote Długa 2, m. 6. (Friedrichstraße). 3941
4000 als 1. Hypothek
a. Stadtgrundst. f. d. geucht. Off. unt. **U. 8342** a. d. Gicht. d. 3. **U. 3939** a. d. Gicht. d. 3.

Civil-Kasino
Guter Bürgermittagstisch
3 Gänge 1.20 zt Abonnement Ermäßigung
Spezialität: Erbsen m. Spitzbein
Portion 60 gr. 8086
Täglich frische Flak! Eisbein!
Wurst mit Sauerkraut!
Spezialausschank: Okocim-Biere
Erteile gründlichen **Klavierunterricht**
sehr billig und übernehme auch Beaufsichtigung von Schularbeiten. Off. erbeten u. **C. 8342** a. d. Gicht. d. 3.

Deutsche Bühne
Bydgoszcz I. z.
Sonntag, d. 16. Oktober
abends 8 Uhr:
Die niederliche Venus.
Schwan in 3 Akten
von Anny Wendrich.
Eintrittskarten wie üblich. 8279
Die Zeitung.

Wäsche-Atelier Hoffe, Maria, Focha 26,
fertigat zu mäßigen Preisen: Oberhemden nach Maß, Wäsche jed. Art, Bismas, Gardinen - Endeln - Anopflöcher. 7438
Herzliche Einladung
zur
Bundestagung
der
evgl. Blautkreuzvereine
am Sonntag, dem 16. Oktober.
Vormittags 10 Uhr:
Gottesdienst in der Pfarrkirche:
Pfarrer **Mathias,** 8341
Nachmittags um 5 Uhr:
Nachfeier im evangel. Gemeindehause
ulica Sniadeckich. Eintritt frei.

Wie steht der „Herrenklub“ zum Verfassungsstaat?

Eine Unterredung mit Heinrich von Gleichen.

Der Deutsche Herrenklub, sein „Manager“ Heinrich von Gleichen, seine Mitglieder und vor allen Dingen seine „Politik“ bilden heute die Tagesthemata der oppositionellen Presse.

Mit verbindlichen Gesten wird der Besucher in das Arbeitszimmer Gleichens geführt, das in der Friedrich-Ebertstraße neben der Redaktion des „Ringes“, der von ihm herausgegebenen konservativen Wochenschrift, nach einem Garten zu gelegen ist.

„Ihre Gefinnungsfreunde, Herr von Gleichen, haben wiederholt die Notwendigkeit der Reform der Weimarer Verfassung betont.“

„Ich freue mich, daß Sie darauf zu sprechen kommen. Es ist mir fast unbegreiflich, wie ein solches Mißverständnis überhaupt entstehen konnte, daß konservative Weltanschauung mit einer Verfassung und einem Verfassungsstaat unvereinbar sein soll.“

„Gestatten Sie einen Einwand, Herr von Gleichen. Ist es wirklich angebracht, in einer Zeit wie der unsrigen, in der alles wandt und aus den Jagen zu brechen droht, an dem Rechtsinstrument und Grundgesetz des Staates, das die Verfassung doch nun einmal darstellt, zu rütteln und Versuche mit einer Reform zu machen, von denen man nicht weiß, wie sie ausgehen werden?“

„Wir scheinen, daß gerade diese Notzeit erst recht den Anlaß gibt, vom Provisorischen zum Definitiven zu gelangen. Man kann doch ohne Zwang von einem Notstand des Staates sprechen.“

„Nicht so sehr, vor allem nicht ausschließlich. Die unlegbare Unruhe im Volke hängt, wie ich glaube, zum großen Teile mit den großen Ungerechtigkeiten zusammen.“

Parlaments offenkundig ist. Jedenfalls streitet man doch darüber. Aber wenn jetzt die Nationalsozialisten sich zum „Hüter der Verfassung“ aufgeworfen haben und den Beweis erbringen wollen, daß das Parlament seiner staatspolitischen Verantwortung entspricht, so dürften Vertreter der Weimarer Verfassung, z. B. die Sozialdemokratie und das Zentrum, über diese neuen Advokaten der reinen Weimarer Lehre nicht nur besonders überrascht gewesen sein, sondern ihre berechtigten Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser „verfassungstreuen“ Gruppe empfinden.“

„Über das Verjagen des Parlaments dürfte es wohl nur eine einzige Meinung geben. Aber befürchten Sie nicht, daß sich durch den Übergang der vollziehenden Gewalt auf den Reichspräsidenten, wie es doch jetzt der Fall ist, ein Dauerzustand entwickelt, der schließlich das Ende des Verfassungsstaates bedeutet?“

„Ich gebe zu, daß diese Frage Klärung heischt. Aber sehen Sie, endgültige Klarheit kann nur die Regierung schaffen. Sie spielt dabei ein hohes Spiel und ich möchte auch glauben, daß sie sich dessen bewußt ist.“

„Das scheint mir richtig gesehen. Aber halten Sie es für möglich, nachdem die Weimarer Verfassung von einer verfassungsgebenden Nationalversammlung beschlossen worden ist, die neue Verfassung ohne die Stimme einer Volksvertretung durchzubringen?“

„Das ist schwer zu sagen. Aber ich meine, jeder Einsichtige sollte sich darüber klar sein, daß ein so großes Reformwerk wie die Reichs- und Verfassungsreform von keinem noch so idealen Parlament beschlossen werden würde.“

„Führen Sie nicht auch die Unruhe und Nervosität, die unbeschränkt im Volke herrscht, wenigstens zum Teil darauf zurück, daß überhaupt von solchen Experimenten gesprochen wird?“

„Nicht so sehr, vor allem nicht ausschließlich. Die unlegbare Unruhe im Volke hängt, wie ich glaube, zum großen Teile mit den großen Ungerechtigkeiten zusammen, die der jetzige ungeordnete Zustand mit sich bringt.“

Kranke Frauen erfahren durch den Gebrauch des natürlichen Franz-Josef-Bitterwassers ungehinderte, leichte Darmreinigung, womit oft eine außerordentlich wohltuende Rückwirkung auf die erkrankten Organe verbunden ist.

„Glauben Sie wirklich, daß angesichts der fortgesetzten Wahlen mit ihren Begleitercheinungen in Agitation und Demagogie es überhaupt noch möglich sein wird, ein beiderseitiges Vertrauen herzustellen?“

„Ich glaube doch! Auf der einen Seite muß das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung zurückkehren, daß sie wirklich eine gerechte überparteiliche und gesetzmäßige Regierung ist.“

„Unbedingt! Gewiß, die Verfassung von Weimar hat versagt und ist am Ende. Aber: Es lebe die neue Verfassung! Sie muß das Dokument eines konstitutionellen Verfassungsstaates unter Zustimmung des Volkes sein.“

„Und was soll die Regierung Papen tun, wenn es ihr gelingt, das Verfassungswerk zu vollenden?“

„Dann muß sie selbstverständlich zurücktreten, um aus dem Votum des Volkes ihre Indemnität und, wenn die Befragung positiv ausfällt, ihre neue Berufung zu erhalten.“

Damit war die Unterredung beendet. Ein letzter Blick auf den mit Büchern, Manuskripten und Briefen überladenen Schreibtisch, ein letzter Händedruck und ein freundliches Abschiedswort beschlossen eine ebenso interessante, wie aufschlußreiche Stunde.

Rundschau des Staatsbürgers.

Überzahlte Umsatzsteuer. (Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Das Umsatzsteuergesetz bestimmt in Art. 93, daß der Steuerzahler einen zuviel oder zu Unrecht gezahlten Steuerbetrag von der Steuerbehörde zurückfordern kann.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat nun in einem Urteil vom 30. September 1932 (R. Ref. 3682/30) entschieden, daß dem Steuerzahler das Recht auf Zurückforderung des zuviel oder zu Unrecht gezahlten Steuerbetrages nicht unter allen Umständen zusteht.

Das Oberste Verwaltungsgericht begründet seine Entscheidung folgendermaßen: Die Rechtskräftigkeit eines Steuerausmaßes, sei es richtig oder falsch, gibt der Steuerbehörde einen Rechtstitel, die Zahlung der Steuer im veranlagten Ausmaß zu fordern und schließlich die Einrede eines zuviel oder zu Unrecht gezahlten Steuerbetrages aus. Eine Rückzahlung des zuviel oder zu Unrecht gezahlten Steuerbetrages kann nur dann erfolgen, wenn gegen die Veranlagung zu einem unrichtigen Steuerausmaß im vorgeschriebenen Termin Einspruch erhoben wurde.

Die Salzburger Festspiele und Bayreuth.

Von Dr. Erwin Kerber, Direktor der Salzburger Festspiele.

Salzburgs künstlerischen Veranstaltungen war in diesem Jahre ein voller ideeller und materieller Erfolg beschieden. Man war im Spätherbst des Vorjahres zwar noch versucht gewesen, mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Notlage, die Festspiele für das Jahr 1932 überhaupt fallen zu lassen.

im Jahre 1920 die Festspiele zielführend inauguriert hatte, wurde unter Max Reinhardts Regie neu ausgestattet. Dazu gesellten sich Orchesterkonzerte, Domkonzerte und Serenaden.

Dieses an sich interessante Programm mußte mit aller Sorgfalt gruppiert werden, um auch Anfang und Ende der Festspiele Zugkraft zu sichern. So brachten die ersten vier Festspieltage „Rosenkavalier“ unter Clemens Krauß als Eröffnungsvorstellung, am zweiten Tag die Neustudierungen des „Federmann“ unter Max Reinhardt und der „Entführung“ unter Fritz Busch, dann folgte „Orpheus“ unter Bruno Walter und ein Festkonzert der Wiener Philharmoniker mit französischen Werken unter der Leitung des Pariser Dirigenten Philippe Gaubert.

Jetzt werden die nächsten Festspiele vorbereitet. Die Grundzüge, die für die Gestaltung des diesjährigen Programmes bestimmend waren, bleiben auch für das kommende Jahr in Kraft. Im Sinne des Bestrebens, in Salzburg einen möglichst lückenlosen Überblick über die zur Klassizität gereiften Werke des Opernschaffens zu bieten, hat man Bruno Walters Anregung, den Bogen, der heute von Gluck über Mozart, Beethoven, Weber zu Richard Strauß führt, weiter zu spannen und eine der Opern Händels — „Julius Caesar“ vielleicht oder „Rodelinda“ — einzubeziehen, mit Interesse entgegengenommen. Nun bedauert man es hier

schon lange, daß Richard Wagner in den Festspielen fehlt. Da Europa 1933 das Gedenken an Wagners 120. Geburtstag und 50. Todestag festlich begehen wird, so ist in Salzburg die Frage aktuell geworden, ob man nicht mit Bayreuth ein freundschaftliches Einvernehmen darüber erzielen könne, in Salzburg unter Anpassung an den Bayreuther Spielplan Werke Wagners herauszubringen.

Schwierigkeiten begegnet die Gestaltung des Schauspiel. Es wurde als ein gewisser Mangel empfunden, daß Max Reinhardts Tätigkeit sich in diesem Jahre auf die Neinszenierung des „Federmann“ beschränkte. Andererseits fällt es schwer, geeignete Dichtungen zu finden. Es sind an sich nicht allzu viele Werke, die sich nach ihrem dichterischen Gehalt für ein Festspiel eignen. Von den wenigen aber scheidet ein größerer Teil aus, da ihnen die notwendige Beziehung zur besonderen Atmosphäre der Salzburger Landschaft fehlt.

Zwischen Tür und Angel.

Unvollkommene Hilfsmaßnahmen für die Volkswirtschaft.

Vor Jahresfrist etwa haben in Polen Bemühungen eingeleitet, die die Beseitigung der großen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten im Inlande bezwecken. Zettlich gesehen haben diese Anstrengungen wesentlich früher eingeleitet, da alle Maßnahmen der polnischen Regierung mit dem Augenblick, da die Welle der Krise auch den polnischen Wirtschaftsorganismus erfaßte, schließlich darauf hinausliefen, der Wirtschaftsschwierigkeiten Herr zu werden. Seit etwa einem Jahre aber verraten diese Anstrengungen einen Plan, in der richtigen Voraussetzung, daß eine endgültige Lösung von brennenden Wirtschaftsfragen nicht von „Fall zu Fall“ möglich ist, sondern daß hierzu eine gründliche Wirtschaftsdia gnose und eine zielbewußte Anwendung von Heilmitteln erforderlich sind.

Diese Erkenntnis hat das Wirtschaftsproblem ohne Zweifel einen Schritt vorwärts gebracht, da die wirtschaftliche Entwicklung Polens in der Nachkriegszeit keineswegs einen zielbewußten Wirtschaftsplan aufwies. Die Politik bevorzugte einmal (etwa bis 1924) die Tendenzen der Landwirtschaft, dann aber brachte sie den landwirtschaftlichen Forderungen und Fragen eine gefährliche Gleichgültigkeit entgegen, man umgab manche emporstrebenden Zweige der Industrie mit Vorzugsrechten, schützte sie durch Zölle, hat es aber niemals recht verstanden, am Binnenmarkt den notwendigen Ausgleich zwischen Industrie, Gewerbe und Handel auf der einen Seite und zwischen der Landwirtschaft auf der anderen Seite herzustellen. Stadt und Land also waren in einer mehr als zehnjährigen Wirtschaftsentwicklung der Spielball von willkürlichen Augenblicksmaßnahmen, die diesen oder jenen politischen Erscheinungen entsprangen. Die Volkswirtschaft aber erfordert eine zielbewußte systematische Arbeit auf „lange Sicht“, sie verträgt keine Augenblicksercheinungen. Als die Preisstürze an den Weltmärkten einsetzten, mußte Polen in kürzester Zeit davon erfaßt werden, obwohl es bei anderen Voraussetzungen die Auswirkungen der Weltkrise nicht in so starkem Maße hätte zu verspüren brauchen.

Lösung von Wirtschaftsproblemen und Heilung von Krankheitsercheinungen — diese stehen heute im Vordergrund aller innerwirtschaftlichen Fragen. Gesunde Zweige gibt es kaum mehr, die Insolvenzen-Welle geht seit Jahren in rasendem Laufe durch Polen, industrielle Betriebe sind in den seltensten Fällen noch gesund, Gewerbe und Handel sehen in ihren Reihen große Lücken und vegetieren nur. Die Landwirtschaft stand am Rande der Katastrophe. Die Entwicklung der letzten beiden Jahre hat die stufenweise Wirtschaftsisolierung gebracht, der heimische Markt ist jetzt für Industrie und Landwirtschaft der Hauptabnehmer. Bei einer Bevölkerung, die mit etwa 70 Prozent ihre Haupteinkommensquelle in der Landwirtschaft findet, schien der Weg klar vorgezeichnet zu sein, der zur Stärkung der Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes führen sollte.

Nach monatelangen Studien und Erwägungen reifte endlich der Plan. Seine Parole war: die Gesundung der Landwirtschaft Polens. Solange der Binnenmarkt isoliert bleibt, solange wird die Landwirtschaft die Hauptquelle des gesamten Volkseinkommens sein, die imstande ist, alle anderen Zweige der Volkswirtschaft wieder zu beleben. Zunächst erschienen mehrere Verordnungen, deren Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft von mehr oder weniger Bedeutung waren, bis endlich im August d. J. in konsequenter Fortsetzung des einmal in Angriff genommenen Planes vier Verordnungen erschienen, die die Finanzschwierigkeiten der Landwirtschaft beseitigen und die drohende Katastrophe abwenden sollten. Der Groß- und Kleinbesitz war mehr oder weniger gleichmäßig betreu worden. Die Zahlungsschwierigkeiten sollen, diesen Verordnungen zufolge, entweder durch einen gerichtlich gewährten Zahlungsaufschub oder durch einen Vergleich behoben werden. Für den Besitz unter 50 Hektar werden besondere Schlichtungsämter ins Leben gerufen. Die Bestimmungen dieser Verordnungen sind am 20. August bzw. am 1. September in Kraft getreten.

Sofortige Hilfe war dringendste Notwendigkeit, wenn anders nicht die Zahl der Zwangsversteigerungen ins merkwürdige steigen sollte. (In den Ostgebieten allerdings waren mehr als 3000 Güter und Bauernwirtschaften nicht mehr zu retten.) Das von den landwirtschaftlichen Organisationsgeforderte allgemeine Moratorium war in den Verordnungen auf die bereits erwähnten Hilfsmaßnahmen beschränkt worden. Hinzu kam noch eine weitere Verordnung, die für die allzustark verschuldeten landwirtschaftlichen Betriebe eine Entschuldung durch Parzellierung vorsieht. Dieser Art Parzellierung soll durch eine „Erleichterung des Landumsatzes“ noch gefördert werden.

Die Bedingungen, unter welchen der Zahlungsaufschub gewährt und ein Vergleich mit den Gläubigern möglich ist, sind so streng gehalten und vielfach so dehnbar umrissen, daß schon dadurch die günstige Wirkung eines Zahlungsaufschubes in vielen Fällen in Frage gestellt sein mag. Daß ein Unterschied zwischen verschuldeten und unverschuldeten Zahlungsschwierigkeiten der einzelnen Betriebe gemacht wurde, wird sicherlich allgemein gebilligt. Bedenken dagegen muß die „Auswahl“ der Gläubiger erregen, denn die Art, wie und auf „welchen Kosten“ der Zahlungsaufschub der landwirtschaftlichen Betriebe in die Wege geleitet wird, kann für die Zukunft eine schwere Schädigung der gesamten Volkswirtschaft Polens zur Folge haben. Von vornherein wird ausdrücklich festgestellt, daß sich ein Zahlungsaufschub nicht erstreckt: 1. auf staatliche und kommunale Steuern (die Gerichtskosten nicht ausgenommen), 2. auf die laufenden sozialen und Versicherungsverpflichtungen, 3. auf die fälligen Rentenzahlungen für die von den staatlichen kurzfristigen Kreditinstituten gewährten Anleihen, 4. auf Forderungen, die durch ein bewegliches Pfand gesichert sind (Getreide- und Holzlombard), 5. auf Zinszahlungen, sofern ihre Höhe nicht die jeweils geltende Diskontrate der Bank Polki übersteigt und sofern die Verpflichtungen durch das Grundstück gesichert sind.

Die Trennungslinie also ist klar gezogen: der staatliche und der kommunale Gläubiger bringen ihre Forderungen in Sicherheit, es verbleiben als Privatgläubiger Industrie, Gewerbe und Handel. Mit anderen Worten: zwischen Stadt und Land soll eine Verschiebung durch Verteilung der Lasten der Wirtschaftskrise vorgenommen werden. Das ist ein bedenklicher Standpunkt. Wenn man all den Ursachen nachgeht, die die landwirtschaftlichen Betriebe in Zahlungsschwierigkeiten gebracht haben (analog liegen die Verhältnisse in Industrie, Handel und Gewerbe), dann ergibt sich immer und immer wieder als Hauptursache die übermäßige, untragbare Belastung der Betriebe durch ein unklares, oft willkürlich angewandtes Steuersystem und die phantastisch hohen sozialen Lasten. Die von den staatlichen Instituten gewährten kurzfristigen Kredite kommen ebenso wenig in Frage. Erfast werden aber alle privaten Gläubiger, sofern die Forderung vor dem 1. Dezember 1931 entstanden ist. Was wird nun folgen? Man muß die augenblickliche Wirtschaftsstärke der industriellen und gewerblichen Betriebe kennen, man muß es wissen, welche Schwierigkeiten es dort zu überwinden gilt, wenn Zölle, Steuern, soziale Lasten, Versicherungen, Zinsen, Reparaturen, Neuananschaffung, Materialien usw. zu tragen sind. Unzählige Forderungen werden als Aktivposten geführt, der zwar oft spärlich gedeckt, aber wenigstens nach und nach beglichen wurde.

Eine weitere Schwächung der Wirtschaftskraft der Städte muß die natürliche Folge solcher Maßnahmen sein. Die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land, die in ihrer Gesamtheit die Fähigkeit über Unfähigkeit des Binnenmarktes bilden (und der Innenmarkt soll doch gestärkt werden!), müssen eine schwere Einbuße erhalten. Wenn dann weitere industrielle und gewerbliche Existenzen zugrunde gehen und eine neue Welle von Insolvenzen einsetzt, dann muß mit der weiteren Erkrankung eines Teiles der Volkswirtschaft der andere Teil, um deren Gesundung man sich jetzt müht, von neuem und dann vielleicht weit schlimmer angesteckt werden!

Polens Volkswirtschaft steht vor neuen Gefahren. Das auf „lange Sicht“ gedachte Wirtschaftsprogramm trägt wieder Augenblicksercheinungen, die zwar helfen um wieder zu zerstören. Der Staat darf nicht die Opfer auf andere Schultern abwälzen. Lasten können nur gemeinsam getragen werden. Es gilt, die gesamte Volkswirtschaft zu retten! Dazu gehört ebenso und vor allen Dingen das Problem der Steuern, der sozialen Lasten, des Statismus und die brennende Zinsfrage, sonst sind alle Hilfsmaßnahmen illusorisch und wirtschaftspolitisch gefährlich!

Die Richtlinien der englischen Marinepolitik waren von jeher für die allgemeine weltpolitische Konstellation höchst bezeichnend. Es muß in diesem Zusammenhange daran erinnert werden, daß kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges auf die zwischen England und Frankreich abgeschlossene Entente die Zurückziehung der britischen Flotte aus dem Mittelmeer und ihre Konzentration in den heimatischen Gewässern folgte. Die beiden Regierungen kamen damals überein, die Spitze ihrer gemeinsamen Marinepolitik gegen die stürmisch aufstrebende Marinemacht Deutschlands zu richten. Frankreich übernahm demgemäß im Mittelmeer den Schutz der Seeverbindungen zwischen den britischen Kolonien in Asien und Afrika und dem englischen Mutterlande, während das englische Atlantik- und Nordseege schwader durch Heranziehung der Seestreitkräfte aus dem Mittelmeer die unbesiegbare Vorherrschaft in den nördlichen europäischen Gewässern erlangte, die es später im Weltkrieg durch die Verhängung der Blockade Deutschlands rückwärts auszuüben konnte.

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands und dem Untergang der gesamten deutschen Kriegsslotte bei Scapa Flow bestand für Großbritannien kein Grund mehr, das Gros seiner Seestreitkräfte in den heimatischen Häfen zu halten. Starke Detachements der britischen Kriegsslotte wurden nach Kriegsende wiederum nach dem Mittelmeer verlegt. Während des griechisch-türkischen Krieges, der bekanntlich auf Befreiben des in England geadelten griechischen Rüstungsindustriellen u. Basil Baharoff von der Englischen Regierung in der Erwartung des griechischen Sieges unterstützt wurde, hielt sich ein großes englisches Kriegsschwader im östlichen Mittelmeere auf, um gegebenenfalls der türkischen Macht in Europa den Gnadenstoß zu versetzen.

Die folgenden Jahre, die marinepolitisch im Zeichen der Marinekonvention von Washington standen, brachten keine bedeutenden Änderungen in der Verteilung der britischen Seestreitkräfte, die zwischen dem Atlantischen Ozean, der Nordsee und dem Mittelmeer zerstückelt waren. Mit Wehmut sah Großbritannien die Tage schwinden, in denen es unangefochten alle Meere beherrschte. Den Rang der ersten Seemacht der Welt mußte England mit den Vereinigten Staaten teilen. Gleichzeitig blühte die britische Admiralität mit wachsender Sorge über den Armeel-Kanal, wo der französische Nachbar eine nach der neuesten Errungenschaft der Seefriedenspolitik ausgerüstete Panzerkreuzerflotte und eine starke Unterseeboot-Flotte baute, die heute als größte und mächtigste in der Alten Welt gilt.

Der Entschluß der britischen Admiralität, die Seestreitkräfte aus dem Mittelmeer nach den atlantischen und Nordseehäfen zurück zu beordern, ist im Grunde genommen keineswegs überraschend. Er ist als Schlußfolgerung der Veränderungen in der weltpolitischen Konstellation der Mächte zu betrachten, die in allerletzter Zeit vollzogen sind. Amerika sah sich gezwungen, in Anbetracht der wachsenden japanischen Gefahr, seine atlantische Flotte nach dem Stillen Ozean zu verlegen. Frankreich mußte infolge der zunehmenden Verschärfung seiner Beziehungen zu Italien das Gros seiner Seestreitkräfte in den Mittelmeerhäfen konzentrieren. Aus dieser Weltlage ergab sich für Großbritannien die vielleicht einzig dastehende Chance, mit einem Schlage seine ehemalige traditionelle Hegemonie im Atlantischen Ozean und in den nordeuropäischen Gewässern wieder herzustellen. Dabei denkt England gar nicht daran, seine Positionen im Mittelmeer aufzugeben. Es folgt nur dem altbewährten Grundsatz der Kriegsstrategie. Dieser besagt: „Wenn man nicht überall stark genug sein kann, so muß man an den entscheidenden Stellen die Übermacht besitzen.“ Abgesehen davon liegt ein berechtigter Grund zur Annahme vor, daß England in bezug auf den Schutz seiner Interessen im Mittelmeer mit Italien eine Eintönigkeit gesucht und getroffen hätte. Dies würde bedeuten, daß fortan Mussolini in der Marinepolitik der Mächte dieselbe Rolle übernehmen wird, die Frankreich beim Ausbruch des Weltkrieges spielte. Die Rollen bleiben die alten, nur die Spielpartner wechseln. — In.

Der Völkerbund spart.

Die vierte Kommission des Völkerbundes hat sich dieser Tage mit den Gehältern der obersten Beamten des Völkerbundes befaßt und, da derartige gewöhnlich mehr als die Arbeit dieser hohen Beamten zu interessieren pflegt, so sei mitgeteilt, daß die Gehälter folgendermaßen herabgesetzt worden sind:

Der Generalsekretär bezieht künftig statt 168 000 Fr. 140 000 Fr. jährlich, wobei alle Aufwandsentschädigungen usw. eingerechnet sind. Die Gehälter für die Vizegeneralsekretäre werden statt 100 000 Fr. einschließlich aller Nebenbezüge auf 85 000 Fr. festgesetzt und die drei Untergeneralsekretäre erhalten statt 87 500 Fr. künftig nur noch 70 000 Fr.

Da künftighin statt eines zwei Vizegeneralsekretäre berufen werden sollen, beträgt die Gesamtparität, die aus diesem großzügigen Kompromiß hervorgeht, wie die „Voss. Zeitg.“ schreibt, ganze 5500 Franken.

England zieht sich aus dem Mittelmeer zurück.

Die Umgruppierung der britischen Flotte.

Die Dementis der britischen Admiralität können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß eine äußerst bedeutungsvolle und politisch schwerwiegende Umgruppierung der englischen Flotte in Vorbereitung ist. Der gut unterrichtete Marine-Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ bestätigt, daß ein entsprechender Plan von der Britischen Regierung bereits gutgeheißen ist. Auf den ersten Blick mag es scheinen, daß die internen Vorgänge und Kräfteverchiebungen in der englischen Flotte für die Außenwelt, die von täglichen wirtschaftlichen und politischen Sorgen geplagt wird, ein geringes Interesse darstellen. Das ist aber nicht der Fall.

Landwirtschaftliche — vorm. Landschaftliche — Bank Aktiengesellschaft

Aktienkapital 3 750 000.— Danziger Gulden

Reitbahn 2 DANZIG Reitbahn 2

Depeschenanschrift: Landschaftsbank — Fernsprechananschluß: Sammelnummer 284 51 — Postscheckkonto: Danzig Nr. 168, Berlin Nr. 122 812, Poznań Nr. 207 178

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte

Buchführung
einfache, doppelte und amerikanische, sowie kaufm. Rechnen und alle anderen Handelswissenschaften lernen Sie am besten und schnellsten bei
7788
Georg Fibich
Bydgoszcz, Hetmanstraße 20

Tischlerhandwerkszeuge
Sperrplatten, Fourniere, Marmor-Garnituren
Fournier-Papiere, Leim, trockene Bretter
wie auch Schalbretter 20 und 25 mm
empfiehlt billigst
8354
Spółdzielnia Surowców
ul. Grodzka 21.

Spezialist
im Schleifen, Rasiermesserabziehen, fertigt speziell Schliff für Stahl, Bartwuchs, und werb. Haar schneidenmaschinen u. Scheren unt. Garant. billig geschliffen. 7845
Antoni Jais, Moskwa
Nr. 12, Einq. Grodzka 5.

Racheln
weiß u. farbig, liefern zu außergewöhnlich billigen Preisen 8102
Gebr. Schlieper
Gdańsk 140
Tel. 306

Zuli-Bienenhonig
diesjährigen, frisch unt. Garantie, aus best. Poldolisch, Zmterei. i. Blechbüchsen brutto z. Preise 5 kg z. 9, 10 kg z. 17, 30 kg z. 44, 60 kg z. 88 mit Verpack. u. Post- od. Badgebühr verpackt gegen Nachnahme
J. Winolur, 8213
Zarnopol Nr. 63.

Den evangelischen Kirchentassen u. Pfarrämtern
empfehlen wir uns zum Bezuge der den Vorschriften entsprechend hergestellten Formulare
Auszug aus dem Geburts- und Tauf-Register
(Bestell-Nummer Bf 23a)
zum Preise von z. 3.— für 100 Stück
6899
A. Dittmann, T. z o. p., Bydgoszcz.

Der gefälschte Aufmarschplan.

Aber Herr Paléologue!

Der frühere französische Botschafter in St. Petersburg, Paléologue, hat bekanntlich jüngst behauptet, der deutsche Aufmarschplan sei lange vor dem Kriege von einem deutschen Offizier an die Franzosen verkauft worden. Dazu nimmt der bekannte Militärschriftsteller Oberst a. D. Emil Seeliger im „Neuen Wiener Journal“ unter der Überschrift: „Aber Herr Paléologue!“ Stellung, indem er u. a. schreibt:

Dieser frühere französische Botschafter am Zarenhof hat bekanntlich vor einigen Tagen im ersten Oktoberheft der „Revue des Deux Mondes“ anschaulich mitgeteilt, wie ein deutscher General schon im Jahr 1904 dem französischen Generalstab den ganzen deutschen Aufmarschplan verraten hat. Die Enthüllung findet begreiflicherweise in den Zeitungen der ganzen Welt gebührende Beachtung. Da ist die Frage berechtigt:

Warum hat Paléologue erst so spät und gerade jetzt den Schleier von einer gleich häßlichen wie schwerwiegenden Tat gezogen? Die Antwort ist einfach. Weil kurz vorher, im August 1932, gleichfalls die „Revue des Deux Mondes“ ein Kapitel der demnächst im Buchhandel erscheinenden Erinnerungen Joffres „Das belgische Problem im Jahre 1912“ publiziert hat. Und worin der Marschall mit der ihm eigenen Geradheit über eine Konferenz am 21. Februar 1912 unter Vorsitz des Präsidenten der Republik, Fallières, berichtet: daß damals ausgerechnet der Kabinettschef Poincaré für den Kriegsfall einen sofortigen Einmarsch französischer Truppen in das neutrale Belgien als gerechtfertigt erklärt habe, „um einer deutschen Invasion zuvorzukommen“. Der Eindruck dieser Joffreschen Erinnerung ist naturgemäß recht peinlich. Reicht sie doch die so lange zur Schau getragene Entrüstungsflagge vom französischen Mast, — wo man tatsächlich genau so wie die Vögel für eine Vergewaltigung der belgischen Neutralität gewesen ist!

Dafür bringt nun Herr Paléologue als Entschuldigung: die französische Regierung konnte 1912 nicht anders, weil ihr ja — siehe den „verräterischen“ deutschen General — schon seit 1904 der deutsche Einmarschplan in Belgien mit allen Details bekannt war.

Nun bitte ich die Öffentlichkeit, meinen Ausführungen ein wenig gründliche Aufmerksamkeit zu schenken. Will ich ja nicht mehr und nicht weniger, als den dokumentarischen Nachweis erbringen: daß im Jahre 1904 der deutsche Aufmarschplan

nicht verraten, wohl aber die französische Regierung getäuscht

worden ist.

Zu solcher Beweisführung ist unerlässlich, das Wesentliche aus der jüngsten Veröffentlichung Paléologues zu wiederholen. „Ich war damals“ — so schreibt der Botschafter — „bevollmächtigter Minister und Soudirektor für „Affaires politiques“ im Außenministerium, als mich am 25. April 1904 der Chef des Generalstabes Penzezec auf sein Bureau bat. Er eröffnete mir: „Ein deutscher General des Großen Generalstabes hat uns den ganzen neuen Operationsplan ausgeliefert. . . Die Persönlichkeit des Verräters, der mit dem Bevollmächtigten unseres Spionagedienstes, Kapitän Lambling, in Brüssel, Paris undizza unterhandelt hat, ist uns unbekannt geblieben. Jedesmal zeigte er sich nur mit verbundenem Kopfe, als käme er gerade von einer Operation. Man sah bloß seinen Schnurrbart und den stehenden Blick der Augen. Da wir die Echtheit aller Mitteilungen erkannten, sagten wir ihm selbstredend Bewegungsfreiheit und Wahrung seines Integritäts zu.“

Das scheinen nun allerdings mehr als interessante Enthüllungen, wenn sie aus der Feder einer so hochgestellten Persönlichkeit stammen. Allerdings zeigen sie gerade in den wichtigsten Belangen ihren Pferdefuß. Paléologue kann nämlich nicht umhin, zu bemerken: „Um die Authentizität der strategisch und politisch gleich bedeutsamen Angelegenheit aus dem Jahre 1904 nachzuprüfen, ordnete Marschall Pétain

im Jahre 1929 darüber eine kriegsministerielle Untersuchung an. Die Recherchen haben jedoch ergeben, daß sämtliche in den Pariser Geheimarchiven des Nachrichtendienstes aufbewahrten Akten nach den Niederlagen in den Einleitungsschlachten im August 1914 auf höheren Befehl verbrannt worden sind. Auch der damalige Vermittlungsoffizier, Kapitän Lambling, ist schon zu Kriegsbeginn als Oberst durch einen Sturz vom Pferde tödlich verunglückt.“

Somit kein lebender Zeuge, kein Originaldokument mehr vorhanden!

Da ist es nun, bevor ich zu Paléologues Enthüllungen Stellung nehme, unvermeidbar, vorerst über mich selbst zu berichten. Also: Während meiner gesamten Offiziersdienstzeit hatte ich niemals beruflich auch nur das geringste mit Spionagewesen zu tun. Als Militärschriftsteller aber studierte ich, ebenso wie alle anderen Zweige der Kriegswissenschaft, auch die „Strategie hinter den Kulissen“. So gründlich, daß ich darüber im Jahre 1930 ein Sammelwerk „Spionage und Verräter“ — „Die Maulwürfe des Völkerrkrieges“ schreiben konnte. Und, wie aus dem Vorwort ersichtlich, auf seltsame Art entstanden. Ich suchte die persönliche Bekanntschaft oder erhielt von ausländischen Freunden die Adressen jener, die mit „Geheimstrategie“ während des Weltkrieges dienstlich oder privat sich zu befassen hatten. So hatte ich seit Jahren aus verschiedenen Ländern bemerkenswerte Fälle gesammelt.

Und jetzt möge besonders der Herr Botschafter Maurice Paléologue mich hören. Einer dieser Briefe stammt aus Straßburg, von einem höheren Staatsbeamten außer Dienst, und ist vom 27. Mai 1928 datiert. Ich zitiere die wesentlichen Stellen aus dem Inhalt:

„Für Ihr beabsichtigtes Sammelwerk könnte ich Ihnen, verehrter Herr Oberst, authentisches und bis nun ganz unbekanntes Material liefern. . . Es handelt sich um einen vor kurzem im Siegenhaus verstorbenen Offizier, der mir, zum Dank für erwiesene Wohlthaten, seine Aufzeichnungen hinterlassen hat. Ursprünglich Avantagieur in einem deutschen Reiterregiment und später namhafter Schauspieler, war er schließlich auf die schiefe Ebene geraten. Unerhört schlau, sprachkundig und auch militärisch tiefgründiger Autodidakt, verwertete er seine Kenntnisse und Fähigkeiten auf ebenso sonderbare wie gefährliche Weise, indem er den Generalstäben der Militärstaaten „Geheimnisse“ mitteilte. Er arbeitete immer mit falschen Personaldokumenten in täuschender Nachahmung eines bestimmten ausländischen Stabs-offiziers in Zivil. Sein „Vorbild“ pflegte er jeweilig auf eigens zu diesem Zweck unternommenen Reisen, in dessen Garnison Wochen hindurch zu beobachten und zu studieren, um den Betreffenden dann verblüffend zu kopieren. . .“

Derart hat er im Frühjahr 1903 als „Oberst v. A.“ im deutschen Großen Generalstab“ dem russischen Spionagebureau in Warschau den „echten“ Aufmarschplan der deutschen Armee für den östlichen Kriegsschauplatz angeboten. Er bekam 25 000 Rubel. . . Dann offerierte er im Herbst des gleichen Jahres als „Colonel R.“ dem deutschen Rundschaffterdienst den „gepauschten“ Offensivplan der französischen Armee gegen Elsaß. Da er auf einzelne Stichfragen nicht eine befriedigende Antwort geben konnte, ward sein Angebot abgewiesen. . . Im Frühjahr 1914 lieferte er dem französischen Spionagedienst in Paris als „General v. S.“ vom deutschen Großen Generalstab“ den „genauen“ Angriffsplan der deutschen Armee gegen Frankreich in drei Serien und erhielt als Lohn je 20 000 Frank. . .“

Ich denke, es erübrigt sich, aus dem Briefe weitere Details über die Spionagetätigkeit des „fremden Generals“ auch zugunsten Englands, Italiens und anderer Mächte anzuführen. Dürfte schon das Vorerwähnte des Botschafters Paléologue sensationelle Enthüllungen zufriedenstellend belichten. Zu erwähnen wäre noch, daß ich damals den Antrag des Briefschreibers aus Straßburg dankend abgelehnt habe. Heute tut mir die damalige Absage leid. Denn hätte ich auch die Schwindelbeuten jenes tüchtigen Elfmachers in meinem Anfang 1930 erschienenen Buche publiziert, so würde Herr Paléologue kaum Ende 1932 in der „Revue des Deux Mondes“ seinen „unbedingt echten deutschen Auf-

marschplan“ enthüllt haben. Nicht wahr? Nun aber mußte dem einstigen Botschafter am Zarenhof meine Versicherung genügen, daß der seine Historie korrigierende Straßburger Brief samt postgestempelttem Kuvert seit Jahren als Originaldokument in meinem Schreibtisch liegt.

Zu dem gleichen Thema äußert auch einer der Hauptführer im Weltkrieg, nämlich

der Generaloberst von Klud

seine Ansicht. Aus seinen Ausführungen ist ersichtlich, daß ein Verrat des wirklichen Schlieffenschen Aufmarschplanes weder im Jahre 1904 noch zu irgendeiner anderen Zeit vorgekommen sein kann.

Paléologue weist darauf hin, daß nach dem sogenannten Schlieffensplan vier deutsche Armeen zuerst aufmarschieren sollten. Und zwar drei gegen Mosel und Saar und die vierte, die bei Aachen konzentriert sein sollte, von der belgisch-deutschen Grenze her. Dies allein zeigt, daß es sich um den echten deutschen Aufmarschplan nicht gehandelt haben kann. Denn die Pläne des deutschen Generalstabes sahen ganz anders aus. Ein solcher Plan, wie der von Paléologue angedeutete, stand aber auch niemals zur Debatte. Nicht einmal im Entwurf war je ein solcher Plan vorhanden.

Darüber hinaus, ist der deutsche Aufmarschplan, der seit den neunziger Jahren feststand, auch niemals in seinen Grundzügen geändert worden. Besonders nicht nach dem angeblichen Verrat im Jahre 1904. Wäre nun der echte Aufmarschplan im Besitz des französischen Generalstabes gewesen, so hätte man das zweifellos im Jahre 1914 merken müssen.

Die Pläne der Franzosen schienen jedoch den deutschen Plan nicht berücksichtigt zu haben. Sonst hätte der französische Generalstab seinen Hauptstoß nicht am Festungsgürtel gegen den vermeintlichen schwachen linken deutschen Flügel vorgesehen. Hätte man in Paris tatsächlich den deutschen Aufmarschplan besessen, dann würde der französische Generalstab ganz anders gearbeitet haben!

Im übrigen spricht Paléologue in seinen Veröffentlichungen über den Verrat von „dem deutschen Aufmarschplan“. Dabei ist es doch heute gar kein Geheimnis mehr, daß es nicht einen deutschen Plan für den Kriegsfall mit Frankreich gab, sondern deren mehrere. Sie waren darnach vorbereitet, wie sich die Nachbarländer verhalten würden. Man rechnete bei einem Plan mit der Neutralität Belgiens bzw. der Durchmarscherlaubnis durch belgisches Gebiet, man rechnete bei einem anderen mit dem Kriegsfall zwischen Belgien und Deutschland und man rechnete auch, wie es sich in der Praxis gezeigt hat, mit einem erzwungenen Durchmarsch. Auf der anderen Seite war die Haltung Hollands berücksichtigt und nach ihr die Pläne ausgearbeitet. Wenn man tatsächlich einen deutschen Aufmarschplan an Frankreich verraten hat, so ist durch Paléologue noch nicht festgestellt, um welchen es sich eigentlich gehandelt hat. Die gesamten Aufmarschpläne dürften es nicht gewesen sein, denn sonst wäre das nicht nur schon seit Jahren bekannt geworden, sondern auch von Paléologue gründlicher behandelt worden.

Sind wirklich deutsche Pläne in die Hand der Franzosen gelangt, so hat es sich sicherlich um Mystifikationen gehandelt. Zwar erklärt Paléologue, daß man sich durch eingehende Recherchen davon überzeugt habe, daß das gelieferte Material einwandfrei echt sei, aber wie man sich im Jahre 1904 der Echtheit des deutschen Aufmarschplanes versichert haben will, ist weder von Paléologue angegeben worden, noch ist es überhaupt irgendwie denkbar.

Was ganz besonders gegen einen Verrat der deutschen Aufmarschpläne spricht, ist die von Paléologue selbst zugegebene Untersuchung seiner Enthüllungen durch den Marschall Pétain im Jahre 1929. Hätte Frankreich nicht selbst an die Fällung geglaubt, so wäre doch eine Untersuchung darüber, wie er in französische Hände gelangte, durch Marschall Pétain vollkommen müßig gewesen. Außerdem ist es auffällig genug, daß man die „verratenen Pläne“ im August 1914 verbrannt haben will. Wahrscheinlich, weil man eingesehen hat, daß man einem Schwindler aufgefressen war.

Man kann ruhig behaupten, daß es in Deutschland keinen „Fall Red“ gab und daß es keinen deutschen Offizier gegeben hat, der die Pläne des deutschen Generalstabes an Frankreich auslieferte.

Die „Unberührbaren“.

Das Elend der indischen Varias.

Von Sidi Förster-Streffleur, Wien.

In keinem anderen Land der Erde dürfte es eine Menschenklasse geben, die Jahrhunderte hindurch solchen Demütigungen und Erniedrigungen ausgesetzt wurde wie die Kaste der „Unberührbaren“ in Indien. Vierzig Millionen Menschen eingebürgertem Vorurteile wegen aus der menschlichen Gesellschaft verstoßen! Vierzig Millionen Menschen, deren Nähe und Berührung angeblich verunreinigt!

In einer Stadt, in der die Gegenstände besonders zugespitzt waren, beobachtete ich einmal die zufällige Begegnung eines Brahmanen mit einem Unberührbaren. Sie kreuzten ihre Wege auf einer Nebenstraße, da das Begehen der Hauptstraßen den untersten Kasten meistens verboten ist. Ich bemerkte keinen großen Unterschied zwischen den beiden Menschen. Doch plötzlich verhällte der Brahmane sein Angesicht, während der Unberührbare erschrocken niederfiel und auf allen Vieren im Bogen an dem Brahmanen vorbeikroch. In welchem anderen Lande wäre ein solches Verhalten denkbar? Nur unter dem starren Kastensystem der Inder, das sich bis in die letzte Zeit fast rein erhalten hat, ist es möglich gewesen, vierzig Millionen Menschen zu entwürdigen.

Das Kastensystem bringt eine strenge Trennung der menschlichen Gesellschaft mit sich. Es wurde vor vier Jahrtausenden eingeführt, als die Arier aus Zentralasien nach Indien kamen. Sie ließen sich am Fuße des Himalaya in den Punjab-Tälern nieder und trieben dort Ackerbau und Viehzucht. Doch die Stämme aus den Bergen kamen herab und raubten ihnen ihre Ernten. Die Arier waren daher zur Verteidigung gezwungen und es bildete sich zu diesem Zweck eine Kriegerkaste unter ihnen aus. Bald folgten zwei andere Kasten. Die Priester, die über den Kriegern standen,

und die Kaufleute und Bauern, die weniger als diese galten. Diese drei waren die ursprünglichen Kasten der Arier. Die Krieger ließen es jedoch nicht bei der Verteidigung bemeiden, sondern griffen auch die Urbevölkerung an und machten diese zu Knechten. Dadurch entstand eine vierte Kaste, der später noch untergeordnete folgten. Die betreffenden Kasten heirateten fast immer untereinander. Wenn aber jemand aus seiner Kaste heraus heiratete, so kommt er immer, ob Mann oder Frau, in die niedrigere Kaste. Es gab zu jeder Zeit großzügige Menschen, die das System aufheben wollten, doch merkwürdigerweise wehrte sich dagegen auch das niedere Volk. In jeder Kaste können Menschen sich hervortun und zu Reichtum gelangen. Sie kommen jedoch dadurch in keine höhere Kaste, sondern trachten dann, die eigene Kaste zu heben. Auch ihr Reichtum kommt der betreffenden Kaste zugute. Dieses System dürfte zu dem Festhalten an den Kasten beigetragen haben. Mit dem Eindringen der Engländer wurden die kommerziellen Elemente der indischen Gesellschaft immer mehr herangezogen. Das alte System ist dadurch zwar nicht abgeschafft, aber ein Teil der oberen Kasten löst sich langsam in eine einzige Kaufmannskaste auf, die zientlich international wird.

Gandhi, der Führer seines Volkes, der von Millionen als Heiliger verehrt wird, setzt seit vielen Jahren alles daran, das Kastensystem aufzuheben und die Unberührbaren aus ihrer unwürdigen Lage zu befreien. Wenn die Engländer der niederen Kaste jetzt ein eigenes Wahlrecht geben wollen, bleibt deren Stellung unter den Hindus auf unabsehbare Zeit hinaus die gleiche, abgesehen. Das Wahlrecht der Engländer begünstigt den Hochmut und die Vorurteile der indischen Gesellschaft und fördert die verständnislose Hartnäckigkeit der Unberührbaren. Gandhi aber ist sich wohl bewußt, daß sein Volk nur durch Einigkeit erstarren kann.

Als vor einiger Zeit die Lage der Unberührbaren in der Stadt Vaitom besonders verzweifelt war, eilte Gandhi

nach einem Aufenthalt im englischen Gefängnis dort hin, um ihnen zu helfen. Mit einem ihrer selbstlosen Führer, Narayani, der, selbst aus hoher Kaste stammend, diese nicht beachtet, bereitete Gandhi die Unberührbaren zu einem gewaltlosen Aufstand — Satyagraha — vor. Diese wollten zuerst auf Narayani nicht hören, denn das lange unterdrückte Selbstbewußtsein war ihnen verloren gegangen. Gandhi ließ die Unberührbaren geloben, was immer geschehen möge, sich nicht zu widersetzen. Er ließ sie beten, fasten und meditieren, wie alle Hindus sich zu ihren Taten vorbereiten. Bei jeder Arbeit hörte man sie singen: „Wir lieben die, die uns hassen — der Herr ist mit uns — wir lieben die, die uns hassen!“ Sie mußten in einen Zustand der moralischen Kraft verkehrt werden, um ihre Absicht durchzuführen zu können. Nach einiger Zeit verkündeten die Sozialreformer, die Unberührbaren würden über die Hauptstraße von Vaitom gehen. Niemand glaubte daran. Doch zu einer günstigen Stunde schritten zwanzig von ihnen, den Namen Gottes singend, die verbotene Straße entlang. Die Polizei war einen Augenblick lang verblüfft. Dann stießen auf ein Kommando hin die Knüttel wie Hagel auf die Unberührbaren nieder. Diese setzten sich nicht zur Wehr, liefen nicht davon, sondern schritten ruhig weiter. Am nächsten Tag kamen zwanzig andere, die nicht mehr verprügelt, sondern sofort verhaftet wurden. So ging es über ein Jahr lang Tag für Tag weiter. Und endlich verzichteten die über-rumpelten Brahmanen auf ihre Vorrechte. Ein uraltes Unrecht wurde ohne jedes Blutvergießen gut gemacht.

Gandhi will seiner Idee zum Sieg verhelfen und setzt sein Leben dafür ein. Er weiß, daß die Unberührbaren keine Liebe zu ihrer Heimat besitzen können, und erblickt in der Auflösung ihrer Kaste in andere Kasten eine Erstarkung der indischen Nation. Er will um jeden Preis die Einigkeit seines Volkes herbeiführen und betont immer wieder: „Wie schwer die Arbeit auch sein mag, sie muß vollbracht werden.“

